

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

48. Sitzung
17. Februar 2020

Beginn: 10.32 Uhr
Schluss: 13.04 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0070](#)
Digitalisierungsstrategien der Berliner Hochschulen WissForsch
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich in alphabetischer Reihenfolge Frau Dr. Andrea Bör, sie ist Kanzlerin der Freien Universität Berlin, Frau Prof. Dr. Olga Burkova, sie ist Vizepräsidentin

für Digitalisierung an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, ich begrüße Herrn Herrn Jürgen Christof, er ist Leiter der Universitätsbibliothek der TU Berlin, und Herrn Gerrit Oldenburg, er ist Leiter des Servicezentrums für Informations- und Kommunikationstechnik an der HU Berlin, sowie Frau Maxi Kindling, Referentin des Open-Access-Büros der FU Berlin. Herzlich willkommen! Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – [Zurufe] – Ich habe nicht überprüft, ob die Reihenfolge auf dem Zettel stimmt. Offensichtlich haben wir hier einen Fehler gemacht. K kommt vor O – alles klar, aber ich glaube, ich habe Sie alle so weit korrekt vorgestellt. Wortprotokoll ist gewünscht. Dann darf ich zunächst um die Begründung des Besprechungsbedarfs durch einen Vertreter der CDU-Fraktion bitten. – Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Digitale Medien haben sich in unserem Alltag mittlerweile fest etabliert. Der Trend zur Digitalisierung durchzieht alle gesellschaftlichen Bereiche. Das betrifft selbstverständlich auch die Hochschul- und Forschungslandschaft. Insbesondere vor dem Hintergrund eines internationalen Wettbewerbsdrucks sollten die Chancen der Digitalisierung nicht ungenutzt bleiben. Das Studium von heute muss auf die digitale Arbeitswelt von morgen vorbereiten. Die Digitalisierung beschränkt sich dabei nicht nur auf Lehr- und Lernangebote, sondern beeinflusst die Hochschulen in ihrer Gesamtheit, ob wirtschaftliche Innovation oder gesellschaftliche Denkanstöße, den wissenschaftlichen Austausch oder die Ausbildung von Fachkräften. Viele zukunftsweisende Entscheidungen werden aus den Hochschulen heraus getroffen. Um die Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen zu können, bedarf es dabei einer strategischen Auseinandersetzung mit dem Thema. Wir möchten gerne heute erfahren, wie die Berliner Hochschulen im Bereich der Digitalisierung aufgestellt sind und inwieweit von politischer Seite aus die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Vielen Dank an alle Anzuhörenden für Ihr Kommen, dafür, dass Sie heute in den Ausschuss gekommen sind und uns Input in das Thema geben. Wir freuen uns sehr auf den Austausch.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Grasse! – Dann kommen wir jetzt zur Anhörung, wenn Sie sich nicht anders verabredet haben, auch wieder in alphabetischer Reihenfolge. – Erst Frau Dr. Burkova, bitte schön!

Prof. Olga Burkova (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier heute zu sprechen! Ich werde in meiner Stellungnahme auf folgende drei Punkte eingehen: Zunächst möchte ich den bundesweiten Stand kurz skizzieren. Im zweiten Schritt – darum bin ich auch gebeten worden – möchte ich die Einordnung Berlins und auch eine Einschätzung vornehmen: Wo stehen eigentlich die Berliner Hochschulen in Sachen Digitalisierung? Als dritten Punkt möchte ich einige Impulse für die Entwicklung der Hochschulstrategien im Bereich Digitalisierung geben.

Hochschulen müssen sich im digitalen Transformationsprozess verorten, und dies geschieht unter anderem auch durch Digitalisierungsstrategien. Diese sind ein wichtiges, hilfreiches Werkzeug und auch eine Notwendigkeit zur Entwicklung von Hochschulen im digitalen Wandel. Digitalisierung ist eine sehr komplexe Aufgabe, wie eben angedeutet wurde. Es ist eine Aufgabe für die gesamte Einrichtung, für die gesamte Institution und nicht mehr im segmentierten Bereich einer Hochschule zu sehen. Laut HIS-Studie von 2019 liegt der Anteil von Hochschulen, die bereits an einer Strategie gearbeitet haben – sprich: wo eine solche Strategie

oder ein Konzept für die Digitalisierung vorliegt – bei 55 Prozent, wobei hier auch die Zahlen bei den Hochschulen zu sehen sind, die eine solche konzeptionelle Entwicklung zurzeit vorantreiben. 55 Prozent der Hochschulen verfügen entweder über eine Digitalisierungsstrategie oder erarbeiten diese zurzeit. Grundsätzlich lassen sich zwei Akzentuierungen bei der Erarbeitung der Digitalisierungsstrategie und deren Umsetzung festhalten, und auf diese möchte ich kurz eingehen, weil ich diese beiden Kategorien bei der Einschätzung der Berliner Hochschulen nutzen werde.

Die erste, additive Akzentuierung folgt dem allgemeinen Digitalisierungsstand. Hier wird Digitalisierung als ein technisch erreichter und gesellschaftlich durchgesetzter Standard verstanden, dem auch selbstverständlich die Hochschulen als Einrichtungen genügen müssen. Was meine ich damit? – Eine entsprechende Infrastruktur, bestimmte Lernplattformen, die erforderlich sind, mediale Ausstattung in der Lehre. Im Grunde genommen geht es hier mehr darum, eine Modernisierung der Hochschule vorzunehmen. Die zweite Akzentuierung birgt eine Chance der Profilbildung. Das ist die transformative Akzentuierung. Hier geht es darum, Digitalisierung als Katalysator der formellen, inhaltlichen und organisatorischen Neustrukturierung der Wissenschaft und Bildung zu begreifen. Diese Akzentuierungen müssen sich nicht ausschließen, sie können sich hervorragend ergänzen, aber die Gewichtung dieser Modernisierungs- und Profilbildungsmöglichkeiten bestimmt auch die Auswirkungen auf Handlungsoptionen der Hochschulen. Diese Akzentuierungen werde ich, wie ich schon sagte, bei meinen weiteren Einschätzungen nutzen.

Wo steht das Bundesland Berlin im bundesweiten Kontext? – Seit 2015 haben 14 Bundesländer eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie formuliert. Mit der Ankündigung Berlins im September 2018, eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie zu entwickeln, gehört das Bundesland eher zu den Nachzüglern. Nach meiner Kenntnis haben mindestens acht Bundesländer hochschulübergreifende Digitalisierungsstrategien für die Hochschulbildung. Berlin verfügt über eine solche Strategie zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Das Bundesland verfügt aber über eine Open-Access-Strategie sowie über Hochschulvereinbarungen, die Digitalisierung beinhalten. Vielleicht zur besseren Einordnung: Bundesweit ist Digitalisierung bei knapp 43 Prozent der Hochschulen in Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit dem zuständigen Landesministerium verankert. Auffällig ist, dass in Berlin aktuell kein Hochschulverband zur Digitalisierung existiert, an dem alle elf öffentlich-rechtlichen Hochschulen beteiligt sind. Grundlage meiner Einschätzung der Digitalisierungsstrategien der Berliner Hochschulen bilden die öffentlich zugänglichen Dokumente. Damit meine ich Strategiepapiere, aber auch kleine Anfragen.

Meine Einschätzung: Hochschulen in Berlin scheinen mehrheitlich nicht über öffentlich zugängliche Gesamtdigitalisierungsstrategien zu verfügen, sondern, wenn überhaupt, über Teilstrategien, z. B. IT-Strategien, Strategien für Studium und Lehre oder Leitbilder der Lehre. Das heißt aber nicht, dass sie sich nicht mit strategischen Digitalisierungsfragen befassen würden. Berliner Hochschulen kündigen seit einiger Zeit an, an Gesamtdigitalisierungsstrategien zu arbeiten. Bisher ist aber noch keine Strategie öffentlich zugänglich verfügbar. Hier stellt sich für mich die Frage nach den dahinterliegenden Gründen.

Zusammengefasst – und da komme ich zu diesen beiden Kategorien, die ich eingangs eingeführt habe – scheint eher eine additive Akzentuierung bezüglich der Digitalisierung an Berliner Hochschulen vorhanden zu sein, das heißt Bestreben nach Modernisierung, nach der Um-

setzung des Standards, der durchgesetzt wurde, der eigentlich häufig auch von den Hochschulen gefordert wird. Transformative Akzentuierungen da, wo tatsächlich die Profilierung der Hochschulen eine Rolle spielt, sind kaum wahrnehmbar aus meiner Sicht.

Zum Schluss möchte ich ein paar Impulse für die Entwicklung der Digitalisierungsstrategien geben und ein paar Kontextfaktoren benennen. Der erste und wichtigste, der föderale Kontext und insbesondere die strategische Planung auf Landesebene haben einen Einfluss auf die strategische Planung der Hochschulen. Digitalisierungsstrategien, wie wir das aus anderen Bundesländern kennen, entstehen im Zusammenspiel von landespolitisch Verantwortlichen, Hochschulleitungen – und es ist mir sehr wichtig, dass dieses Thema bei den Hochschulleitungen verankert ist –, und Hochschulmitgliedern. Als Querschnittsthema berührt Digitalisierung Problemstellungen, die nur zum Teil von den Hochschulen selbst bearbeitet werden können. Ich meine, trotz der Autonomie der Hochschulen bleibt die Abhängigkeit von rechtlichen Rahmenbedingungen, die wir recht gut kennen an den Hochschulen, und hochschulpolitischen Erwartungshaltungen recht groß.

Es gibt nicht eine Digitalisierungsstrategie für alle. Das heißt, die Spezifik der Hochschulen und die Spezifik der eigenen Fachdisziplinen muss berücksichtigt und zugelassen werden, damit die Profilbildung der Einrichtungen unterstützt werden kann. Digitalisierungsstrategien sind nichts Abgeschlossenes und sollen möglichst dynamisch konzipiert werden. Sie müssen so konkret wie nötig, aber so vage wie möglich bleiben. Sie dürfen nicht über einen längeren Zeitraum konzipiert werden, damit diese Dynamik – und das ist das Spezifikum dieser Digitalisierung – ermöglicht wird. Strategien sollen möglichst situationssensibel gestaltet werden.

Ich bin der Meinung, dass wir ganzheitliche Ansätze und nicht nur Leuchttürme, wie es möglicherweise im Fall Open Access in Berlin sein könnte, bräuchten. Das heißt, es geht nicht darum, technische Infrastruktur aufzubauen, sondern Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft neu zu rekonfigurieren. Da denke ich, dass die Digitalisierungsstrategien nicht im segmentierten Bereich der Hochschulen entwickelt oder punktuell vollzogen werden, sondern als Querschnittsthema bei der Hochschulleitung verankert werden müssen.

Anreizsysteme schaffen, Hürden abbauen, Ressourcen bereitstellen – auch die aktuelle HIS-Studie 2019, die ich eingangs zitiert habe, belegt noch mal, dass Digitalisierung nicht automatisch mit weniger Kosten verbunden ist, ganz im Gegenteil, temporär entstehen noch mehr Aufgaben. Gerade für kleine Hochschulen stellt die Bereitstellung von Ressourcen ein große Herausforderung dar. Vor dem Hintergrund, neben dieser Option zusätzliche Ressourcen bereitzustellen, könnte man auch an Synergieeffekte denken. Da komme ich noch einmal auf das Thema Digitalisierungsverbund, den es an der Stelle nicht gibt. Ggf. könnte man in Richtung Verbundstrukturen nachdenken und natürlich an den Abbau bürokratischer Hürden, die letztendlich als eine systemimmanente Schwäche alle Hochschulen umtreiben.

Ich komme auf den letzten Punkt, der recht einleuchtend ist: Kommunikation stärken und Transparenz schärfen. Digitalisierung ist eine recht komplexe Gestaltungsaufgabe, die an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft angesiedelt ist, und ein hoher Grad von Partizipation trägt dazu bei, dass auch die Umsetzung der Strategie innerhalb der Hochschulen an dem von mir erwähnten Knoten Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gelingt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Burkova! – Frau Dr. Bör, möchten Sie weitermachen? – Bitte schön!

Dr. Andrea Bör (FU Berlin; Kanzlerin): Ganz herzlichen Dank! – Wir hatten uns abgesprochen, dass Frau Burkova als externer Gast hier auf jeden Fall den Vortritt hat, und das gibt mir die Möglichkeit, auf ihr Gesagtes vielleicht auch ein bisschen zurückzugreifen bzw. darauf zu reflektieren. Ich bedanke mich zuerst bei den Abgeordneten, bei Ihnen, Herr Staatssekretär, hier eingeladen worden zu sein und ein paar wichtige Punkte zum Thema Berliner Hochschulen und die Digitalisierungsstrategien beitragen zu können. Aus meiner Sicht ist es immanent, dass wir in der Digitalisierung innerhalb der Hochschulen, aber auch innerhalb des Landes viel enger zusammenarbeiten und auch gemeinsam IT-Infrastrukturen, aber vor allem auch IT-Organisationen aufbauen. Ich erlaube mir, hier zu Anfang ganz kurz auf meine Vita zurückzugreifen. Sie kennen mich als Kanzlerin der Freien Universität. Ich habe ursprünglich mal Elektrotechnik studiert, im Bereich E-Learning promoviert, war an großen IT-Change-Projekten beteiligt, 2004 an der TU München am großen IntegraTUM-Projekt, fünf Jahre von der DFG mit Zukunft mit 5 Millionen Euro gefördert. Dann war ich CIO an der Universität des Saarlandes von 2008 bis 2011, habe das Saarland mit einer Gesamt-Hochschul-IT verlassen. Ich war maßgeblich an dieser Konzeption und Umsetzung beteiligt. Dann war ich fünf Jahre Kanzlerin in Passau, bevor ich 2016 nach Berlin kam. Insofern können Sie sehen: Allein in meinem Lebenslauf hat Digitalisierung einen ganz großen Stellenwert, und ich bringe da doch einiges an Erfahrung mit. Insofern verwundert es auch nicht, dass Digitalisierung an der Freien Universität ganz oben im Präsidium aufgehängt ist und eben auch in meiner Person heute hier repräsentiert wird. Nebenbei haben wir natürlich auch an der Freien Universität eine CIO-Struktur aufgebaut, die schon lange Jahre bestand, aber jetzt noch mal in einer CIO-Stabsstelle unter der Kanzlerin manifestiert wurde. Vielleicht noch nebenbei, weil das auch ein Thema ist, auf das ich im Laufe meines Beitrags zurückkomme: Ich bin auch sehr gut vernetzt; in Kanzlerarbeitskreisen gibt es einen eigenen Arbeitskreis Digital Transformation, bei dem ich seit zehn Jahren mitarbeite.

Welche Herausforderungen haben wir hier in Berlin? – Die Berliner Universitäten, aber auch Hochschulen sind einem enorm schnellen Wandel unterlegen, und dieser technologische Wandel, der uns zum Teil vor sich hertreibt, wird für die Universitäten zu einem immer größeren Kraftakt. Wir müssen wandlungsfähig sein und anpassungsfähig bleiben. Technologien – das hatte Frau Burkova schon gesagt – haben aber auch wahnsinnig viele Chancen. E-Learning ist ein Thema, das die Freie Universität unter Prof. Apostolopoulos seit zwei Jahrzehnten an der Spitze in Deutschland vorangetrieben hat und weiterhin vorantreibt. Wir sind sehr stark vernetzt, und insbesondere für exzellente Forschung brauchen wir exzellente IT-Infrastrukturen.

Neben Forschung und Lehre spielt aber die Digitalisierung insbesondere in der Verwaltung eine enorm starke Rolle. Die Freie Universität war eine der ersten Universitäten, die SAP eingeführt hat. Wir haben ein SAP-Campusmanagement. Wir sind gerade dabei, unsere weiteren Verwaltungsprozesse, E-Recruitment und dergleichen, auf IT umzustellen. Das ist zum einen dem gesellschaftlichen Wandel geschuldet, weil kein Studierender heute mehr einsehen will, dass er an ein Schwarzes Brett geht, um da seinen Namen einzutragen, sondern man erwartet das digital, aber natürlich wird auch von Wissenschaftler/inne/n, aber auch vom sonstigen Personal einfach erwartet, dass die digitalen Prozesse, die man im alltäglichen Leben kennt, ob man eine Onlineüberweisung macht oder dergleichen, sich auch im regulären Arbeitsleben wiederfinden. Für mich, die ich jetzt seit zwei Jahrzehnten an Digitalisierungsprozessen der Hochschulen mitarbeite, ist allerdings sehr schwer verständlich, warum wir in Deutschland immer noch an jeder einzelnen Einrichtung, an jeder einzelnen Universität das Rad neu erfinden müssen. Hier in Berlin haben wir das wieder bewiesen, indem wir selbst Mandantenpflegesysteme wie SAP an jeder Hochschule einzeln einführen, indem wir Softwarelizenzen, die man deutschlandweit organisieren könnte, immer noch an einzelnen Hochschulen organisieren. Es ist auch schon von Frau Burkova angesprochen worden. Es gibt Bundesländer, die da schon ein bisschen weiter sind, Bayern und Baden-Württemberg sind zu nennen, aber auch Hessen und andere, die in manchen Teilbereichen der Digitalisierung schon engere Kooperationsstrukturen geschaffen haben. Ein sehr wichtiges Beispiel für mich, das ich auch gern in Berlin umsetzen würde, ist, dass man z. B. in Baden-Württemberg – ein Teilaspekt der Digitalisierung ist auch der Umgang mit schützenswerten Daten, und dazu gibt es an jeder Institution eine/n Datenschutzbeauftragte/n – das zusammenfasst in der ZENDAS, die das für das Bundesland, insbesondere auch für die kleineren Hochschulen dort, mit anbietet. Das ist installiert an der Universität Stuttgart, nur da leben diese Kooperationsgedanken.

Ein weiterer Kooperationsgedanke – und der wird sicherlich in Zukunft auch für die deutschen Hochschulen noch stärker eine Rolle spielen – ist der DFN-Verein. Der DFN-Verein sitzt hier in Berlin, ist aber für das Forschungsnetz in ganz Deutschland seit Anbeginn verantwortlich, und diese Strukturen könnte man mit Sicherheit ausnutzen, um deutschlandweit weitere IT-Digitalisierungsprozesse voranzutreiben.

Den Weg in die Zukunft werden wir nur schaffen, die beschriebenen Herausforderungen werden wir nur lösen, wenn wir in Berlin und über die Landesgrenze hinaus gemeinsam abgestimmt zusammenarbeiten. Wie schon erwähnt, sind einzelne Hochschulen in manchen Bereichen Vorläufer, und ich denke, wir sollten diese Vorsprünge dazu nutzen, die Gesamthochschullandschaft voranzubringen. An der Freien Universität sind wir gerade dabei, sehr eng zum Beispiel mit der TU Berlin im Bereich Telefonie zu kooperieren. Da versorgen wir die Technische Universität mit der Dienstleistung, und umgekehrt nutzen wir die Cloudspeicherung der Technischen Universität. Auch das sind Themen, wo wir schon eng zusammen sind. Es wird Sie nicht verwundern, dass Shared Resources, eines unserer Haupt-Objectives in der Berlin University Alliance, sich insbesondere auch mit der Digitalisierung der Hochschullandschaft auseinandersetzen wird und wir versuchen werden, gemeinsam die Anstrengungen darin zu verstärken. Grundvoraussetzung für gemeinsame Digitalisierungsstrategien ist aber, dass wir eine gute Netzinfrastruktur haben – die ist ganz gut ausgebaut –, wir brauchen ein gemeinsames Identitymanagement und gemeinsame gesetzliche Rahmenbedingungen wie die schon genannten Datenschutzregelungen. Da wäre jetzt die Bitte ans Abgeordnetenhaus, dass Sie uns in diesem Tun weiter unterstützten. Wie schon erwähnt wurde, geht es nie ohne Geld. Gemeinsame Ressourcen kosten zunächst einmal Geld, auch wenn man hofft und ich als

Kanzlerin insbesondere hoffe, dass wir am Ende die Gesamtversorgung ressourcenschonender gewährleisten können, indem wir unsere Stärken zusammenlegen, indem wir bessere gemeinsame Deals verhandeln, zum Beispiel mit großen IT-Unternehmen und großen Softwareunternehmen, als wenn jeder einzeln verhandelt. Aber wir bräuchten auch gesetzliche Rahmenbedingungen, zum Beispiel eine BerlHG-Änderung, damit wir gemeinsame Serviceeinrichtungen für die Berliner Hochschulen etablieren können. Das ist momentan im BerlHG nicht möglich, würde uns aber an der einen oder anderen Stelle deutlich die Zusammenarbeit erleichtern.

Daher noch mal zusammenfassend: Für mich geht es nur, wenn alle Hochschulen und alle Kräfte im Land zusammenarbeiten, wenn wir gemeinsame Serviceeinrichtungen etablieren, zum Beispiel um Speichersharing, kollaboratives Arbeiten, E-Mail, Telefonie, was auch immer Ihnen einfällt, vorzuhalten. Das würde auch – das ist in anderem Kontext heute schon kurz erwähnt worden –, den Fachkräftemangel mildern, den wir insbesondere in der IT auch spüren. Wir kriegen an den Hochschulen nicht mehr die entsprechenden IT-Fachkräfte, und wenn wir diese Ressourcen bündeln und auch wieder attraktive Positionen im Land schaffen, wäre das auch eine Möglichkeit, die Attraktivität für Fachleute zu steigern. Nur so können wir überhaupt die exzellente Forschung vorhalten. Ich habe jetzt noch gar nicht in die Zukunft geguckt. Wir sind natürlich auch in Berlin aufgerufen, uns für die nationalen Forschungsdateninfrastrukturen aufzustellen. Ich sehe es momentan an meiner Institution noch nicht optimal. Quantum Computing ist ein Thema, das wir nicht alleine lösen, sondern nur, wenn wir ganz eng zusammenstehen. Open Access und digitale Sammlungen – da werden sicherlich meine Nachredner noch ihre Beiträge geben können. Die Bitte an die Politik ist, Anreizsysteme und die gesetzlichen Regelungen dafür zu schaffen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Dr. Bör! – Jetzt Herr Christof, bitte!

Jürgen Christof (TU Berlin; Universitätsbibliothek): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass auch die Möglichkeit eingeräumt wird, hier aus Sicht der Universitätsbibliotheken einen Beitrag dazu zu leisten, wie wir die Situation rund um den digitalen Wandel sehen. Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich zu Beginn ausführe, dass der tiefgreifende Strukturwandel, der von den Vorrednerinnen skizziert worden ist, auch das wissenschaftliche Bibliothekswesen voll erreicht hat. Das ist keine neue Entwicklung, sondern mindestens 20 Jahre zurückblickend können wir konstatieren, dass wissenschaftliche Bibliotheken enorme Anstrengungen unternommen haben, um den digitalen Wandel gestalten zu können.

Die Digitalisierung hat alle Handlungsfelder in Studium, Lehre und Forschung ergriffen und macht eine entsprechende Neuausrichtung möglich und notwendig. Neben den bibliotheksinternen Prozessen ist es dabei auch wesentlich, dass die Universitätsbibliotheken Antwortbeiträge auf die strategischen Fragen liefern, die sich insbesondere den Hochschulleitungen rund um die Digitalisierung stellen. Wir haben einen internen Prozess, in dem Bibliotheken herausgefordert sind, intern ihre Hausaufgaben zu machen, um den digitalen Wandel konsequent und nachhaltig gestalten zu können. Es geht aber – und darauf möchte ich im Weiteren noch näher eingehen – ganz wesentlich auch um die Möglichkeit und die Frage: Wie können wir als Universitätsbibliotheken die strategischen Ziele der Politik und die von den Hochschulleitungen verfolgten Zielsetzungen unterstützen?

Die wissenschaftlichen Bibliotheken sind organisiert in der sogenannten Sektion 4 des Deutschen Bibliotheksverbandes. Dort sind ca. 300 wissenschaftliche Allgemeinbibliotheken in einer gemeinsamen Sektion des Bibliotheksverbandes organisiert. Im Januar 2018 wurde dort ein wesentliches Dokument verabschiedet – es nennt sich „Wissenschaftliche Bibliotheken 2025“ –, in dem insbesondere die Herausforderungen der Digitalisierung sehr detailliert untersucht wurden. Im Management Summary heißt es – Zitat –:

Perspektivisch entwickeln sich Bibliotheken zu virtuellen Arbeitsumgebungen, die wissenschaftliches Arbeiten in Forschung, Lehre und Studium fachspezifisch mit attraktiven Infrastrukturdiensten und Werkzeugen unterstützen.

Insgesamt sind acht Handlungsfelder dort ausgeführt. Die Zeit lässt es jetzt nicht zu, auf alle diese acht Handlungsfelder hier im Detail einzugehen. Deswegen möchte ich einige wenige herausgreifen, die insbesondere die ausgesprochen erfolgreiche Zusammenarbeit – das möchte ich sehr betonen – der Berliner Universitätsbibliotheken als Verbund zeigen.

Erster Handlungsschwerpunkt, dem wir uns in den vergangenen Jahren gestellt haben, sind sogenannte Library-Managementsysteme. Das sind die Infrastrukturen, in denen der Einkaufsprozess der erworbenen Medien organisiert, die Katalogisierung erfolgt und der Zugang bzw. im Falle von Printmedien auch die Ausleihe organisiert wird. Das sind große Softwarelösungen in einem hochspezialisierten Markt, und die Berliner Universitätsbibliotheken sind hier Vorreiter, indem sie eine kommerzielle Lösung nutzen, die in einer Cloudinfrastruktur angeboten wird. Das ist sicherlich eine der innovativsten Verwaltungsanwendungen, die in den letzten Jahren an den Hochschulen zum Einsatz gekommen ist. Wir sind hier die Ersten gewesen in Deutschland, die auf dieses Pferd gesetzt haben. Mittlerweile haben sich die Länder Österreich und Schweiz für die gleiche Lösung entschieden. Gerade im November letzten Jahres ist bekanntgeworden, dass auch das Bundesland NRW mit einer großen Fördermaßnahme exakt auf diese Infrastruktur setzt.

Ein zweiter wesentlicher Punkt, den wir bearbeiten, ist das sogenannte Open-Access-Publizieren. Hier sind wir nah an den Vorgaben, die die Politik mit der Open-Access-Strategie des Landes Berlin gemacht hat, eine wegweisende beschlossene Maßnahme, die bundesweit von enormer Strahlkraft ist. Die Universitätsbibliotheken sind hier in der Pflicht, gemeinsam mit Staatssekretär Krach in den entsprechenden Gremien für die Umsetzung auf der operativen Ebene zu sorgen. Eine ganz wichtige Zielmarke sind 60 Prozent öffentlich zugängliche wissenschaftliche Aufsätze, die in diesem Jahr erreicht werden sollen. Das war ein sehr ambitioniertes Vorhaben. Noch stehen die Zahlen nicht fest, weil die immer erst mit einer zweijährigen Verzögerung erhoben werden können, aber wir sind hier auf einem guten Weg, und Berlin kann für sich behaupten und in Anspruch nehmen, dass es hier nach wie vor eine Vorreiterrolle einnimmt.

Drittes Handlungsfeld sind Forschungsdaten. Das Forschungsdatenmanagement spielt eine immer größere Rolle. Die Universitätsbibliotheken sind hier als Partner der Hochschulen und Hochschulleitungen insofern aktiv, als dass sie umfangreiche Infrastrukturen aufgesetzt haben und gemeinsame Softwarelösungen betreiben, um den Wissenschaftler/inne/n die Möglichkeit zu offerieren, ihre Forschungsergebnisse und ihre Forschungsdaten in geeigneter Form auf verlässlichen Infrastrukturen vorzuhalten und zitierfähig referenzierbar zu machen. Hier ist auch der Link zur eben schon erwähnten nationalen Forschungsdateninfrastruktur. Die Universitätsbibliotheken sind hier auch Partner der Wissenschaft und versuchen, gemeinsam in

einigen Konsortien, die sich derzeit bei der DFG in Begutachtung befinden, entsprechend ihren Infrastrukturbeitrag zu leisten.

Schließlich der eigentliche, in bibliotheksinternen Kreisen als Digitalisierung bezeichnete Prozess der Verfügbarmachung von insbesondere historischen Beständen im Internet: Das ist ein Prozess, der große Anstrengungen technischer und organisatorischer Natur beinhaltet. Hier sind wir gemeinsam mit dem Forschungs- und Kompetenzzentrum digiS auf dem Weg, entsprechende Strukturen aufzubauen. Schön wäre es, wenn ein vergleichbares Landesprogramm für Digitalisierung der Bestände der Universitätsbibliotheken, wie wir es im Kulturbereich kennen, auch für die wissenschaftlichen Bibliotheken aufgesetzt werden könnte. Hier sind andere Bundesländer in der Tat einen Schritt weiter. So ist zum Beispiel in Hamburg die Möglichkeit gegeben, dass auch große Bestände der dortigen Staatsbibliothek digitalisiert werden können. Hier spreche ich gar nicht so sehr für die TU Berlin, leider sind unsere Bestände größtenteils verbrannt, aber insbesondere an der Freien Universität und natürlich an der Humboldt-Universität schlummern noch viele Schätze in den Archiven, die digitalisiert werden sollten, um sie der Forschung online zur Verfügung zu stellen.

Ich komme zum Schluss und möchte noch mal betonen, dass die großen Chancen der Digitalisierung in den Universitätsbibliotheken in Berlin eine deutliche Intensivierung der Zusammenarbeit zur Folge hatten. Ich bin mit meinen Kolleg/inn/en auf der Leitungsebene aufs Engste verdrahtet. Wir versuchen gemeinsam, Lösungen für das Land Berlin im Universitätsbereich zu etablieren, und ich glaube sagen zu können, wir sind da auch sehr erfolgreich unterwegs. Die Chancen, die sich aus der Digitalisierung für das Bibliothekswesen ergeben, sehen wir insbesondere auch darin, eine neue Relevanz für die Forscher/innen durch die Zurverfügungstellung forschungsnaher Dienstleistungen und leistungsstarker Infrastrukturen zu entwickeln. Man muss schon kritisch konstatieren, dass zu Beginn der Digitalisierungsaktivitäten ein Teil der Universitätsbibliotheken abgehängt worden ist, weil sie nicht in der Lage waren, mit adäquaten Lösungen für Forscher/innen aufzuwarten. Hier haben wir in den letzten fünf Jahren, auch dank Unterstützung der Politik und durch entsprechende Mittel in den Hochschulverträgen, enorm aufholen können, und ich glaube, heute sagen zu können, dass die Universitätsbibliotheken hier gut aufgestellt sind. Dazu brauchen wir die entsprechende Ressourcenausstattung, um dieses hohe Servicelevel weiter aufrechterhalten zu können, und eine der größten Herausforderungen dabei – das ist eben schon genannt worden – ist natürlich die Akquise von IT-Fachpersonal, denn eine Universitätsbibliothek ist heute mindestens genauso ein IT-Unternehmen, wie es ein Verwaltungsunternehmen für Printmaterialien ist. - Herzlichen Dank!

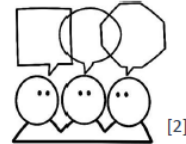
Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Christof! – Jetzt bitte Frau Kindling!

Maxi Kindling (Open-Access-Büro Berlin; FU Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung. Ich habe einige Folien mitgebracht und wollte die Kürze der Zeit nutzen, um Ihnen einen kleinen Einblick und Ausblick zum Thema Open Access in Berlin zu geben. Mir war nicht klar, dass Sie jetzt leider mit dem Rücken zu diesen Folien sitzen. Ich hoffe, das ist okay.

Open Access: Berlin liegt im Vergleich der Bundesländer sehr weit vorn.

Rahmen

Open-Access-Strategie für Berlin (2015)
Open-Access-Büro (2016)
Arbeitsgruppen



Maßnahmen

Open-Access-Beauftragte
Policies: Open Access, Forschungsdaten, Open Science
Institutionelle Strukturen
Auf- und Ausbau von Services und Infrastruktur (z.B. Repositorien)
Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Publikationsfonds, Transformationsverträge)

Stärken

Hoher Vernetzungsgrad
Zusammenarbeit der Einrichtungen
Wichtige überregionale Impulse



Ich habe für die Präsentation drei Punkte mitgebracht, die mir und dem Open-Access-Büro in Berlin wichtig sind. Davon ist der erste, dass Berlin im Vergleich der Bundesländer beim Thema Open Access sehr weit vorn liegt. Das ist sehr erfreulich, und ich gehe davon aus, dass das auch in diesem Kreis hier positiv aufgenommen wird. Wir haben das auch schon von den Vorrednern hier mehrfach gehört.

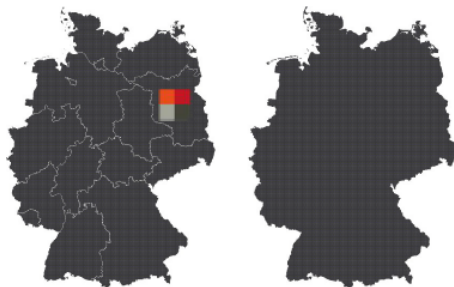
Warum sage ich das? – Dazu habe ich einige Punkte mitgebracht. Wir haben in Berlin seit dem Jahr 2015 eine Open-Access-Strategie. Daraufhin wurde im Jahr 2016 das Open-Access-Büro eingerichtet, und die Arbeit ist in verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert. Das ist der Rahmen für diesen Erfolg, den wir in Berlin beim Thema Open Access haben. Dann gibt es aber an den einzelnen Hochschulen auch eine Reihe von Maßnahmen, die dazu geführt haben, dass Berlin bei diesem Thema sehr weit vorne liegt. Es wurden inzwischen an fast allen Hochschulen Open-Access-Beauftragte benannt. Viele Hochschulen haben inzwischen Policies für das Thema Open Access, aber auch für das Thema Forschungsdaten oder Open Science. Zuletzt hat die Universität der Künste ihre Open-Access-Policy verabschiedet, was uns sehr gefreut hat. Dann ist es so, dass auch vor der Open-Access-Strategie an den Hochschulen, insbesondere an den Universitäten, schon viel im Bereich Open-Access gemacht wurde, aber gerade an den kleinen Hochschulen und den Fachhochschulen jetzt erst institutionelle Strukturen geschaffen wurden, das heißt: Wer fühlt sich überhaupt innerhalb einer Hochschule verantwortlich für so ein Thema wie Open Access? Services und Infrastrukturen sind auf- und ausgebaut worden. Auch die gab es schon vor der Open-Access-Strategie, aber die hat hier tatsächlich noch mal zu einem wichtigen Impuls geführt. Auf Grundlage der Open-Access-Strategie konnten verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden. Hier

ist zum Beispiel die Rede von Publikationsfonds. Die sind teilweise durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert, aber auch aus den Mitteln der Haushaltsverträge für Digitalisierung. Dasselbe gilt für Transformationsverträge, die also die Open-Access-Transformation im Bereich der Publikationen ganz stark voranbringen.

Dann möchte ich auf ein paar Stärken eingehen, die für Berlin besonders sind. Hier ist auf jeden Fall ein sehr hoher Vernetzungsgrad unter den Einrichtungen zu nennen. Das ist sicher auch den regionalen Gegebenheiten geschuldet. Dann will ich auch darauf hinweisen, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen gibt, nicht nur, wie Herr Christof gesagt hat, auf strategischer Ebene, zum Beispiel der Infrastruktureinrichtungen, sondern auch auf operativer Ebene. Also die informelle Zusammenarbeit ist hier ganz besonders hervorzuheben. Berlin hat sehr viele wichtige überregionale Impulse gesetzt. Zuletzt ist mit Beteiligung von einigen Berliner Hochschulen ein Netzwerk für das Thema Open Access in den Musik- und Kunstwissenschaften entstanden.

Open Access: Berlin liegt im Vergleich der Bundesländer sehr weit vorn.

Kooperationen auf Länderebene



[3]

Nationale Vernetzung



BMBF-Projekt
open-access.network

Wirksamkeit

„Ihr habt da echt schon richtig was bewegt.“
(14.2.2020)



Wenn wir den Blick nicht nur ins Land, sondern auch nach außen richten, dann will ich hier auf zwei Punkte besonders eingehen, und zwar kooperieren Berlin und das Berliner Open-Access-Büro auch mit anderen Bundesländern. Das Bundesland Brandenburg hat im vergangenen Jahr seine Open-Access-Strategie verabschiedet. Hier sind wir in sehr engem Austausch und planen gemeinsame Veranstaltungen. Ebenso sieht es für Hamburg aus. Hamburg hat ein Programm „Hamburg Open Science“. Hier sind wir in engem Austausch mit den Kollegen und planen auch viele gemeinsame Aktivitäten. Darüber hinaus ist das Bundesland Baden-Württemberg zu nennen. Hier sind wir als Open-Access-Büro ein beratender Partner in

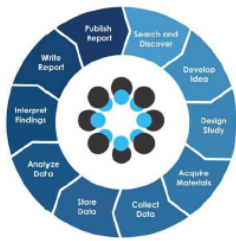
einem Projekt, in dem es um die Umsetzung von Open Access an Fachhochschulen geht. Dann ist das Berliner Open-Access-Büro im vergangenen Sommer angesprochen worden, sich an einem Projektantrag in einer Förderlinie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu beteiligen. Da geht es um eine nationale Kompetenz- und Vernetzungsstelle für Open Access. Dieser Antrag ist erfolgreich gewesen, und wir können das Berliner Open-Access-Büro im Rahmen dieser Förderung auch um eine weitere Person verstärken. Das Ziel ist, das, was wir an Erfolgen in Berlin schon erreicht haben, auch bundesweit weiterzugeben. Zuletzt noch ein Zitat, wie es uns sehr häufig begegnet, aus einem Telefonat mit einem Kollegen aus einer der großen Forschungsgemeinschaften, der am Freitag erst bekräftigt hat: „Ihr habt in Berlin schon richtig was bewegt.“

Offenheit: Zukunft der Wissenschaft. [4]

The screenshot shows a website with a header for 'Open Access is Foundational to the Scientific Enterprise' and 'Open Library of Humanities'. It includes a 'Statement on Open Science' from ECDP, a 'Global Carbon Budget 2019' article with a list of authors, and a section titled 'Scientists offered €1,000 to publish null results' from German research. The website also features a search bar, a 'Download' button, and a 'Home' link. The footer includes the 'open access büro berlin' logo.

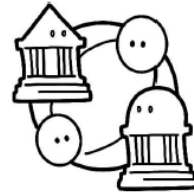
Mein zweiter Punkt, den ich mitgebracht habe, ist das Thema Offenheit, ist die Zukunft der Wissenschaft. Ich denke, dass man darüber jetzt nicht viel diskutieren muss. Wir sehen das auf wissenschaftspolitischer Ebene, wir sehen das auf förderpolitischer Ebene, wir sehen das aber vor allen Dingen auch an aktuellen globalen Herausforderungen wie der Klimakrise, wo es ganz entscheidend ist, dass ein offener Wissenstransfer uns in diesen Themen zusammenbringt und eine Lösungsfindung ermöglicht.

Open Science: stärkt den Wissenschaftsstandort Berlin.



[5]

Partizipation
Transparenz
Nachnutzung
Innovation
Sichtbarkeit
Vernetzung



[6]



Das führt mich zum nächsten Punkt, Open Science. Das ist das, wo es hingehen muss und wo es auch aktuell schon hingeht. Open Science stärkt den Wissenschaftsstandort Berlin. Wenn wir über Open Science reden, dann reden wir nicht nur davon, dass Forschungsergebnisse zugänglich gemacht werden, sondern der gesamte Forschungsprozess. Da sind dann Themen integriert wie offener Zugang zu Textpublikationen, aber auch zu Daten, zu Software, zu Prozessen bis hin zu offenen Bildungsmaterialien. Alle diese Komponenten von Open Science haben gemeinsame übergeordnete Zielstellungen, und dazu zählen Stichworte wie Partizipation. Hier geht es nicht nur um Teilhabe, wenn wir zum Beispiel auf das Verhältnis globaler Süden – globaler Norden schauen und den Wissenstransfer zwischen diesen beiden Gebieten, sondern auch um Partizipation der Gesellschaft an den Forschungsergebnissen. Dann sind Stichworte wie Transparenz in engem Zusammenhang mit der Qualität von Forschung und Forschungsintegrität, aber auch Nachnutzung, technisch, rechtlich und finanziell uneingeschränkt, und Innovation sicherlich wichtige Punkte für Berlin. Es geht darum, die Innovationskraft der Berliner Forschung zu stärken, indem Open Science realisiert wird, und um Sichtbarkeit und Vernetzung auch in einem globalen Rahmen.

Empfehlung Open-Science-Strategie



Schwerpunkte
Sichtbarkeit vorhandener Initiativen
Kulturwandel
Anerkennung von Open-Science-Praktiken
Zielvereinbarung in BerLHG
...

(Über-)Regionale Vernetzung & Koordination (OA-Büro)
Aufbau von Beratungsservices (Hochschulen)
Juristische Beratung/Clearingstelle
Transformationsmittel (Haushaltspauschale, QIO etc.)
Digitalisierungsmittel (Kulturbereich)
Nachhaltige Infrastruktur
...



Im vergangenen Herbst wurde in der Arbeitsgruppe Open-Access-Strategie für Berlin beschlossen, dass diese zu einer Open-Science-Strategie weiterentwickelt werden soll. Das Open-Access-Büro ist im Moment dabei, von den Hochschulen Zuarbeiten zum Thema Open Science einzuholen. Wir wollen wissen: Was passiert überhaupt aktuell schon in Berlin? – Ich kann jetzt schon verraten, es ist sehr viel. Im Prinzip greifen wir mit einer solchen Open-Access-Strategie all das auf, was schon ohnehin sehr deutlich wird.

Ich will hier noch auf zwei inhaltliche Komponenten eingehen. Eine Empfehlung, die das Open-Access-Büro im Moment vorbereitet, beinhaltet einmal inhaltliche Schwerpunkte und zum anderen die Bedarfe, denn es ist klar, dass eine Open-Science-Strategie und ein koordiniertes Vorgehen nicht funktionieren, ohne dass entsprechende Ressourcen verfügbar gemacht werden. Mit diesen Fragen werden Sie in diesem Ausschuss ja auch noch betraut werden. Also die Schwerpunkte habe ich hier aufgeführt. Damit ist gemeint, dass es sicher nicht möglich ist, eine Open-Science-Strategie umzusetzen und alles, was man unter Open-Science verstehen kann, in eine Strategie zu fassen, sondern man muss dort sicherlich Schwerpunkte setzen, auch mit Blick auf die verschiedenen Fachdisziplinen, die an den Berliner Hochschulen ansässig sind. Dann ist es ganz wichtig, die vorhandenen Initiativen sichtbar zu machen. Es passiert ja schon sehr viel an den einzelnen Einrichtungen. Es gibt auch einige Einrichtungen, die sich schon Open-Science-Strategien als Zielsetzungen gegeben haben. Die muss man einfach aufgreifen. Dann ist Kulturwandel auch mit Blick auf die Wissenschaftsdisziplinen sicherlich ein wichtiger Punkt. Nicht alle Wissenschaftsdisziplinen sind gleich weit, was das Thema Open Access angeht. Genauso verhält es sich mit einem Thema wie offene Forschungsdaten oder auch Open Software. Anerkennung von Open-Science-Praktiken ist für

uns ganz wichtig. Ohne dass in Berufungsverfahren etc. tatsächlich auch Open Science als Wissenschaftspraxis anerkannt wird, müssen wir mit dem Thema gar nicht weitermachen. Wichtig wäre auch, so eine Art Zielvereinbarung in den Hochschulverträgen zu verankern.

Zu den Bedarfen: Es ist naheliegend, dass ein Open-Access-Büro Berlin auch zu einem Open-Science-Büro weiterentwickelt wird. Dafür sind Ressourcen notwendig, aber auch für Beratungsservices an den Hochschulen. Ein ganz wichtiger Punkt, der uns jetzt schon von allen Einrichtungen gespiegelt wird, ist, dass ohne juristische Beratung Open Science nicht umsetzbar ist. Es gibt viele rechtliche Fragen: Was darf ich überhaupt? Wem gehören die Daten? usf. Wir würden empfehlen, dafür so eine Art Clearingstelle einzurichten. Wie das genau gestaltet sein kann, darüber muss man sich sicher verständigen. Es sind weiterhin Transformativsmittel erforderlich. Open Access ist in Berlin sehr weit, aber wir sind natürlich noch lange nicht am Ziel, und dafür sind einige Anstrengungen nötig, vor allen Dingen auch finanzieller Natur. Es wäre wichtig, dass so etwas auch in der Haushaltspauschale oder den Mitteln der Qualitätsoffensive, so die denn fortgeführt wird, verankert wird. Weiterhin – Herr Christof hat es gerade schon angesprochen – sind Digitalisierungsmittel wichtig, denn auch die Daten, die im Kulturbereich entstehen, sind wichtig für die Forschung. Ein letzter Punkt, nachhaltige Infrastruktur – das ist sicherlich Standard.



Zum Schluss habe ich noch einen Titel eines Beitrags mitgebracht, der aktuell im Bereich Open Access/Open Science durch die Presse geht. Open-Science-Strategie: Die TU Delft strebt nach der Poleposition für die Ära Open. – Hier wäre es natürlich wünschenswert, wenn dort vielleicht im nächsten Jahr steht: Open-Science-Strategie: Berlin strebt nach der Poleposition. – Ich denke, wir haben hier beste Bedingungen, um das zu erreichen. In diesem Sinne freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit und habe hier auf der Folie noch einige Texte geteasert, die in der nächsten Zeit auch an das Abgeordnetenhaus adressiert werden, darunter auch eine Empfehlung für eine Open-Science-Strategie. – Danke!

Ausblick



Vorsitzender Martin Trefzer: Herzlichen Dank, Frau Kindling! – Dann kommen wir jetzt zu Herrn Oldenburg. – Bitte schön!

Gerrit Oldenburg (Servicezentrum für Informations- und Kommunikationstechnik; HU Berlin): Vielen Dank! – Ich fange vielleicht am besten damit an, dass ich mich kurz vorstelle. Ich habe mich als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Berlin vor mehr als 20 Jahren mit den Digitalisierungsstrategien der Berliner Verwaltungen und Gerichte beschäftigt, nur dass es damals noch nicht so hieß, sondern unter den Stichworten Verwaltungsautomation und Rechtsinformatik lief. Zwischenzeitlich war ich beim Berliner Datenschutzbeauftragten zuständig für den Bereich Internet und damit auch für den Bereich IT-Sicherheit, und jetzt bin ich seit über 20 Jahren an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zuständig sowohl für die IT-Dienstleistungen dort als auch für wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschung und Lehre im Bereich Computer- und Medienrecht. Ich spreche allerdings heute nicht für die Humboldt-Universität hier, sondern bin von der Berliner Initiative des akademischen Mittelbaus gebeten worden, ein bisschen das Thema aus der Praxis zu betrachten. Dementsprechend möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Bedingungen zur Umsetzbarkeit der Strategien lenken, das heißt also die Verbindung zwischen der planerischen Ebene und der Umsetzung bzw. der Projektdurchführung. Universitäre Digitalisierungsstrategien werden erarbeitet vor dem Hintergrund des digitalen Wandels bzw. der digitalen Transformation der Gesellschaft. Wenn man das erklärt, dann heißt das einfach, dass die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik sich ändert und die Universitäten auf eine veränderte Lebens- und Arbeitsweise reagieren und dabei möglichst die Nase vorn haben müssen. Die Universitäten orientieren sich dabei nicht nur an der Nutzung der Informationstechnik, die sich, wie gesagt, dynamisch entwickelt, sondern auch an den Anforderungen und dem Bedarf der jeweiligen Universitätsangehörigen und den spezifischen Entwicklungszielen der jeweiligen Universität – auch das klingt schon an –, allerdings nicht, ohne zu berücksichtigen, was die anderen tun. Die Vernetzung insbesondere innerhalb der Berlin University Alliance ist da sehr eng, die Konzepte sind aufeinander abgestimmt, und man schaut auch, was weltweit passiert.

Die Themen, mit denen sich entweder Digitalisierungsstrategien von Hochschulen oder aber – Frau Prof. Burkova hat es erwähnt – Teilstrategien beschäftigen, sind im Wesentlichen sieben Themenfelder, erstens die IKT-Infrastruktur, also Netze, Dienste, Hardware und Software, aber auch die Personalausstattung von Bibliotheken und Rechenzentren, zweitens der Medienzugriff, Open Access als ein wichtiger Schwerpunkt sowie die Möglichkeit zu veröffentlichen – auch da sind wir wieder bei Open Access – inklusive allerdings der Third Mission, die sich durch alle Themen zieht, das heißt bis hin zum Hochschulmarketing. Das Ganze ist in der Berlin University Alliance unter dem Begriff Open X zusammengefasst und wird hier heute vielleicht noch Gegenstand der Diskussion sein. Dritter Punkt: Lern- und Lehrplattformen. Die Humboldt-Universität benutzt Moodle, andere benutzen andere. Es ist nicht unbedingt notwendig, dass man dort dasselbe verwendet, aber es ist wichtig, dass man heutzutage die Funktionalität bietet. Viertens: Verwaltungsverfahren und – Sie hatten es erwähnt, Frau Bör – die Organisationsreform, die damit zusammenhängt. SAP wird seit Langem von der Freien Universität genutzt, die HU hatte HIS-Anwendungen und ist jetzt dabei, SAP für Ressourcen- und Campusmanagement einzuführen. Fünftens, ein Querschnittsthema: IT-Sicherheit. Das heißt, es muss sowohl Konzepte geben als auch damit Beauftragte. Sechstens, ganz wichtig: IKT-Ausbildung, das Studium – zum Beispiel in der Lehrerbildung findet sehr viel Digitalisierungsbildung statt –, dann ganze Studiengänge natürlich, Weiterbildung und Begleitforschung. An der HU ist es das bologna.lab. Siebtens – und das scheint mir das wichtigste Querschnittsthema zu sein –: IT-Governance und die IT-Organisation.

Um die Strategiefähigkeit von Universitäten an dieser Stelle herzustellen, ist es in allen diesen Themenfeldern nach meiner Erfahrung notwendig, dass man neben den finanziellen, personellen und strukturellen Bedingungen der Digitalisierung – Sie wissen selbst, 28 Millionen Euro für diesen Bereich in den Hochschulverträgen, die aktuell laufen – vier Empfehlungen beachten sollte. Erstens: Neben der Aufhängung des Strategiethemas in den Hochschulleitungen sollte unbedingt hochschulinterne Expertise intensiv genutzt werden – sie ist vorhanden –, und offene Arbeitsgruppen und Gremien sollten rechtlich gestärkt werden, Einfluss auf die strategische Entwicklung zu nehmen. Zweitens: Nachhaltigkeit der Entwicklung. Man denkt immer an Leuchtturmprojekte und Projekte, die eine gewisse Laufzeit haben, aber die Nachhaltigkeit sollte aktiv gesichert werden. Drittens: Unerwünschte Abhängigkeiten vermeiden, in der Regel von Software- oder Datenbankanbietern. Viertens – auch das Thema klang schon zweimal an –: IT-Personal binden und entwickeln. All diese vier Empfehlungen kann man in den kommenden Hochschulverträgen und durch Anpassungen des Berliner Hochschulgesetzes umsetzen, und ich bin gern bereit, gleich in der Diskussion alle vier Punkte zu erläutern und zu begründen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Oldenburg! – Wir kommen jetzt zur Aussprache und zu den Fragen an die Anzuhörenden. Auf der Redeliste stehen – in dieser Reihenfolge – Herr Grasse, Herr Förster, Frau Bangert, Herr Schulze und ich selbst. – Dann zunächst Herr Grasse, bitte!

Adrian Grasse (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vor allem vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie gekommen sind und so breit Ausführungen gemacht haben. Die Anhörung zeigt aus meiner Sicht, dass in der Digitalisierung großer Nachholbedarf besteht. Daher ist es so wichtig, dass wir die Digitalisierung der Berliner Hochschul- und Forschungslandschaft weiter vorantreiben, so wie wir das in dem Antrag im Abgeordnetenhaus auch thematisiert haben, vor allem deshalb, weil eine übergeordnete Gesamtstrategie nicht besteht, sondern

es nur Teilstrategien gibt. Das führt mich auch zur ersten Frage an Frau Prof. Burkova. Sie sagten, 55 Prozent verfügen über eine Digitalisierungsstrategie. Vielleicht können Sie mir noch mal aufblättern, was das bedeutet. – [Vorsitzender Martin Trefzer: Frau Prof. Burkova! Wir sammeln die Fragen. Machen Sie sich Notizen!] – „Erarbeiten“ haben Sie, glaube ich, gesagt. – [Prof. Olga Burkova (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Genau! Beides!] – „Erarbeiten“ ist ja in einem gewissen Range. Ich kann heute anfangen, etwas zu erarbeiten, oder ich kann schon seit längerer Zeit damit angefangen haben und kurz vorm Abschluss stehen. Darauf zielt auch meine Frage ab. Wie ist da der Stand, und was bedeuten die 55 Prozent, bezogen auf die Hochschulen oder auf die Institute? Wenn Sie mir das noch mal sagen könnten, wäre das sehr nett.

Darüber hinaus würde mich auch interessieren – das richtet sich jetzt aber eher an die Vertreter der anderen Hochschulen –: Wie viele Personen sind an der Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie beteiligt? Haben Sie evtl. sogar einen Digitalisierungsbeauftragten? Findet ein hochschulübergreifender Austausch statt, so wie ihn auch Frau Dr. Bör angesprochen hat? Haben Sie eigene digitale Lerninhalte zur Verfügung, oder handelt es sich um Lernkomponenten Dritter? Durch welche digitalen Angebote wird die Präsenzlehre aktuell ergänzt? Vielleicht können Sie auch eine Einschätzung abgeben, wie groß die Bereitschaft unter den Hochschulbeschäftigten ist, auf digitale Inhalte zurückzugreifen – was insbesondere an Frau Kindling geht. Könnten Sie auch eine Einschätzung abgeben, wie groß die Nachfrage unter den Studierenden, Professoren, Hochschulbeschäftigten nach digitalen Inhalten ist und wovon diese aus Ihrer Sicht abhängig ist? Würden Sie beispielsweise im Digitalisierungsprozess auch das Potenzial sehen, die Zahl von Studienabbrüchen zu reduzieren? – noch eine andere Blickrichtung auf das Thema. Könnten Sie auch eine Einschätzung abgeben, inwieweit datenschutzrechtliche Vorgaben in der Thematik eine Rolle spielen? –Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Grasse! - Herr Förster, bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank auch von mir an die Anzuhörenden! Es ist eine thematisch breite und konstruktive Runde. Das ist sehr schön, weil wir eine ganze Menge an Vorschlägen mitnehmen können, wenn wir das Wortprotokoll nachvollziehen und auswerten. Insofern ist das eine Expertise, die uns bereichert. Danke an den Kollegen Grasse und die CDU-Fraktion, die das Thema heute aufgerufen haben! Es zeigt, dass durchaus noch an der einen oder anderen Stelle in erheblichem Maße Nachholbedarf besteht. Das sollten wir dann auch gemeinsam auf den Weg bringen.

Frau Prof. Burkova! Sie hatten dankenswerterweise auch am Anfang darauf verwiesen, dass Digitalisierung eine Querschnittsaufgabe ist und nicht mehr nur einzelne Teilbereiche davon umfasst werden sollten. Sie haben es bei sich an der HAW so gelöst, dass Sie eine eigene Vizepräsidentenstelle für Digitalisierung haben. Haben Sie einen Überblick, wie viele Einrichtungen in Deutschland das ähnlich handhaben? Ich glaube, das ist nur eine sehr kleine Minderheit von Hochschulen und Universitäten. Meine Frage an die anderen Anzuhörenden: Warum ist bei der TU oder HU oder FU nicht geplant, Ähnliches einzurichten? Gerade das, was wir auf Bundesebene beklagen, die zersplitterten Zuständigkeiten in den Ministerien, auch mal aufzudröseln und an einer Stelle aufzuhängen, ist etwas, was dem Bereich der Digitalisierung nur zugutekommen könnte.

Frau Prof. Burkova! Sie hatten auch darauf verwiesen, dass Berlin zu den Nachzügler*innen gehört und meistens nur Teilstrategien bestehen. Vielleicht könnten Sie positive Beispiele aus anderen Bundesländern herausgreifen und noch mal einen Blick nach Hamburg wagen und uns sagen, was in Hamburg gut funktioniert, damit wir, auch wenn wir Nachzügler*innen sind – das müssen wir ja so zur Kenntnis nehmen –, davon profitieren können, was woanders besser läuft. Wenn Sie das machen, könnten Sie vielleicht auch zwei, drei Beispiele aus dem europäischen Ausland nennen, wo man da weiter ist. Das ist ja manchmal recht hilfreich. Ich glaube, da wird es auch Länder geben, die uns etwas voraus sind bei diesem Thema. Wie Sie es so schön gesagt haben, geht es um ganzheitliche Ansätze und nicht nur um Leuchttürme, das ist auch etwas, was wir uns in Berlin auf die Fahnen schreiben sollten.

Frau Dr. Bör! Sie hatten vor dem Hintergrund Ihrer eigenen Biografie, Ihrer zahlreichen beruflichen Stationen darauf verwiesen, dass es wohl insbesondere in Süddeutschland in einigen Bereichen mehr Fortschritte im Bereich der Digitalisierung gibt. Sie hatten Baden-Württemberg, Bayern und Hessen erwähnt. Vielleicht können Sie noch ein paar konkretere Beispiele nennen. Ist das auch eine Frage der Finanzierung? Im Saarland ist die Universität doch eher knapp ausgestattet, weil das Land nicht so viel Geld hat, Passau in Bayern hat andere finanzielle Ressourcen. Hessen hat wiederum eine sehr kleinteilige Hochschullandschaft aufgrund der historischen Strukturen, weil Hessen ja mal aus vielen Fürstentümern zusammengesetzt wurde. Die haben sehr viele Einrichtungen zu finanzieren. Sie sagten, da würde es trotzdem gut funktionieren. Können Sie das noch näher ausführen?

Was ich wunderbar finde, war Ihr Beispiel zur Frage, warum man Softwarelizenzen noch einzeln organisieren muss. Das frage ich auch in Richtung Senat. Kann man so was nicht zentral steuern? Kann da die Politik bei aller Hochschulautonomie nicht auch gewisse Dinge befeuern oder vorgeben? Ich vermute, sowohl der Regierende Bürgermeister als auch der Staatssekretär halten es für sinnvoll, dass man so etwas zentral macht. Da wird es gar keinen Dissens geben. Die Frage ist dann eher, warum es bisher noch nicht gemacht wird. Auch die Frage SAP-Campusmanagement, kein Schwarzes Brett mehr – warum kann man so etwas nicht überall einheitlich durchführen? Und, die Bemerkung sei mir gestattet, Schwarze Bretter gibt es ja doch noch eine ganze Menge, also ein paar analoge Komponenten gibt es ja an den Hochschulen noch; wenn man dort mal vorbeischaut, sieht man das.

Zum Thema Poolbildung, Zentralisierung, Datenschutz, das Sie genannt haben, möchte ich auch an die anderen Universitäten die Frage stellen: Warum ist das für Berlin noch nicht angedacht oder noch nicht möglich? Dieses Beispiel aus Stuttgart finde ich sinnvoll. Gemeinsame Serviceeinrichtungen für die Hochschulen scheiterten noch am BerLHG, sagten Sie, Frau Dr. Bör! Vielleicht können Sie noch mal ausführen, wo das konkret verboten sein soll, dass Sie kooperieren, denn ich hatte eigentlich gedacht, dass so etwas schon möglich sein müsste. Aber ich lasse mich gern eines Besseren belehren, denn Sie wissen es ja im konkreten Fall. Letzte Frage dazu: Fachkräftemangel, Stichwort IT-Experten, Bezahlung usw. Ist das wirklich eine Frage der Flexibilität des öffentlichen Dienstes, von außertariflichen Verträgen und Ähnlichem? Wenn heute jemand, der gerade frisch IT-Absolvent ist, bei privaten Unternehmen schon ein Einstiegsgehalt von 6 000, 7 000, 8 000 Euro bekommt, dann kann natürlich der TVöD nicht mithalten, das ist mir auch klar. Also ist es wirklich eine Frage der Flexibilisierung von IT-Verträgen, dass Ihnen so was möglich sein sollte? Das wäre auch eine wichtige Frage.

Herr Christof! Sie hatten darauf hingewiesen, dass die Digitalisierung historischer Bestände im Internet, die Digitalisierung von Bibliotheken etwas sehr Wichtiges ist. Wir hatten hier in diesem Hause ganz am Anfang unserer Legislaturperiode – die meisten werden sich daran erinnern –, am 6. März 2017, schon mal eine Anhörung, damals von der Koalition beantragt. Da ging es um das Thema: „Digitalisierungsstrategien Berlins und Open Access – Auswirkungen auf Berlins Hochschulen und Wissenschaftslandschaft“. Da ist unter anderem deutlich geworden, dass gerade beim Thema Open Access und Digitalisierung noch sehr viele Urheberrechtsfragen zu klären sind, dass gerade die großen Verlage, quasi die Monopolverlage von Wissenschaftsliteratur, sich sehr sperren, höflich formuliert, und dann mit Knebelverträgen arbeiten, wo die meisten Hochschulen dann sagen müssen: Können wir finanziell nicht erfüllen. – Vielleicht können Sie sagen, wie da der Sachstand ist und ob sich das gebessert hat. Damals hatte Herr Prof. Grötschel von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften das ganze Thema Open Access mit „Open Irgendwas“ überschrieben, und er sagte, es sei nicht ganz klar in Berlin, wie es abgegrenzt sei, Open Access, Open Data, Open Source, Open Science, also diese ganzen Open-Sachen, die auch immer beim Thema Digitalisierung durcheinandergewürfelt würden. Ist da mittlerweile eine Sortierung erfolgt, und kommt man da im gemeinsamen Agieren besser voran?

Herr Oldenburg! Weil Sie Ihre vier Punkte erwähnt haben: Mich würde insbesondere die Frage der Nutzung hochschulinterner Expertise und die Frage der rechtlichen Stärkung interessieren, weil das zwei wichtige Punkte sind, wo wir auch gemeinsam weitermachen können. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Bangert, bitte!

Sabine Bangert (GRÜNE): Von meiner Seite auch herzlichen Dank an die Anzuhörenden! – Sie haben gesagt, Frau Prof. Burkova – dass 55 Prozent eine Digitalisierungsstrategie haben oder eine erarbeiten. Da bekomme ich den Eindruck, dass das Glas eher halb leer ist als halb voll. Ich würde gern noch mal ein bisschen auf die Praxisebene gehen, weil ich den Eindruck habe, dass wir zwar im Bereich Digitalisierung einzelne abgegrenzte Projekte, einzelne Leuchttürme haben, aber es immer noch nicht gelingt, Digitalisierung wirklich in die Breite zu bekommen, sie also flächendeckend umzusetzen. Da würden mich die Gründe interessieren. Es wurde schon von meinen Vorrednern bemerkt: Liegt es an der finanziellen Ausstattung, liegt es eventuell an Widerständen in den Hochschulen, an einer Digitalisierungsfeindlichkeit, sage ich jetzt mal ein bisschen salopp? Oder was sind die Gründe dafür, dass es bis heute noch nicht gelungen ist, da wirklich messbare Erfolge zu erzielen?

Ich möchte es konkret machen. Ich würde Sie alle oder vielleicht auch besonders Frau Dr. Bör fragen, inwieweit es zum Beispiel E-Klausuren gibt, also im Bereich der Klausuren, der Prüfungsabnahme schon eine Digitalisierung stattgefunden hat, denn wir wissen, dass das ein ganz wesentlicher Punkt ist, um zum Beispiel auch den wachsenden Studierendenzahlen gerecht zu werden, weil es, wenn es gut gemacht ist, für die Lehrenden eine Zeitersparnis bringt. Inwieweit wird in der Lehre auch über den Einsatz von KI nachgedacht, oder wird sie umgesetzt? Ich möchte es konkret wissen, um einen Eindruck zu bekommen, was überhaupt schon läuft.

Dann, Frau Dr. Bör, Sie hatten auch gesagt, Sie würden sich Anreizsysteme wünschen. Können Sie konkretisieren, was Sie an Anreizsystemen brauchen? Dann möchte ich konkret Herrn

Christof zu den Universitätsbibliotheken befragen. Wir haben in Berlin gerade einen relativ aufwendigen Prozess an Bibliotheksentwicklungsplanung, gesteuert von der Zentral- und Landesbibliothek. Mich würde interessieren, inwieweit die Wissenschaftsbibliotheken da einbezogen sind und inwieweit Sie da auch eine Vernetzung mit anderen Bibliotheken in Berlin haben. Das Thema Fachkräftesicherung ist ein wichtiges Thema, gerade bei den Bibliotheken. Bei den Universitätsbibliotheken wird es seit Jahren diskutiert. Was tun Sie, um Fachkräftesicherung zu betreiben? Heißt das Ausbildung vorhandener Mitarbeiter oder Personalgewinnung? Wir hatten gerade bei den Bibliotheken sehr viele studentische Mitarbeiter/innen. Mit zunehmender Digitalisierung brauchen Sie natürlich auch eine Fachkräftesicherung. Sie haben gesagt, Sie brauchen IT-Spezialist/inn/en. Ich sage jetzt nicht, dass studentische Mitarbeiter/innen das nicht sind, aber ich glaube, Sie brauchen auch Stammpersonal in ausreichender Zahl, damit Sie den Anforderungen gerecht werden. – Das wären meine Fragen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Herr Schulze, bitte!

Tobias Schulze (LINKE): Vielen Dank auch von meiner Seite! – Es läuft hier immer so, dass Sie erst etwas sagen und dann ein unglaubliche Anzahl von Fragen auf die Anzuhörenden einprasselt. Also Sie sind nicht allein in der Situation. Vielen Dank für Ihre spannenden Ausführungen! In der Tat hatten wir schon mal eine Anhörung zu dem Thema und mussten das erst mal sortieren. Ich finde, es ist heute deutlich sortierter, als es in der Anhörung 2017 war. Wir können vieles mitnehmen. Wir sind ja gerade dabei, eine Gesetzesnovelle für das Hochschulgesetz zu machen und sind schon so ein bisschen in der Einlaufkurve für die nächsten Hochschulverträge. Insofern kommt es genau zum richtigen Zeitpunkt, dass wir uns hier gemeinsam austauschen. Ihre Eingangsausführungen waren sehr interessant. Dazu hätte ich jetzt auch noch ein paar Fragen.

An Frau Prof. Burkova habe ich die Frage: Sie sprachen von bürokratischen Hürden bei der Umsetzung von Digitalisierungsstrategien. Vielleicht können Sie das ein bisschen genauer ausführen. Die zweite Frage, die ich an Sie habe, ist: Sie haben gesagt, Berlin ist ein bisschen hintendran, was die strategische Ausrichtung der Digitalisierungsaktivitäten angeht. Andererseits haben wir doch auch schon viele Dinge hinbekommen. Gerade im Bereich Open Access sind wir sogar Vorreiter. Inwieweit wäre es aus Ihrer Sicht wichtig, da strategisch vorzugehen und das vielleicht nicht ins Belieben der einzelnen Institute, Lehrstühle usw. – die Einheiten kann man so klein ziehen, wie es denkbar ist – zu stellen? Vielleicht können Sie noch etwas zur Notwendigkeit von Strategien sagen.

An Frau Dr. Bör habe ich die Frage: Ich hatte damals die Möglichkeit, als Vertreter des Studierendenparlaments bei der Konzeptionierung von Campusmanagement dabei zu sein. Wir haben damals schon viele Dinge gesehen, wo wir dachten: Na ja, so eine SAP-Software und die Verwaltung einer Hochschule passen eigentlich mehr schlecht als recht zusammen. – Wie sehen Sie jetzt den Stand des Campusmanagements, auch vor dem Hintergrund, dass es doch immer wieder mal Klagen von Lehrenden und Studierenden darüber gibt, dass die Software sie im Alltag einengt, dass Seminare nicht belegt werden können, weil die Software das verbietet, dass zu wenig Flexibilität da ist? Vielleicht können Sie sagen, inwieweit Sie da nachsteuern in der Umsetzung von Digitalisierung, in der Studienverwaltung insbesondere.

Dann habe ich eine Frage an Herrn Oldenburg und Frau Dr. Bör oder auch an Herrn Christof zur Cloudnutzung. Ich habe mal eine Anfrage gestellt zum Thema: Welche Clouds nutzen die

Berliner Hochschulen eigentlich? – und die Landschaft der Cloudnutzung war doch immer noch relativ breit, insbesondere bei den kleineren. Die größeren waren da schon ein bisschen sortiert, aber bei den kleineren wird alles Mögliche genutzt, Microsoft, Amazon war, glaube ich, auch dabei. Inwieweit gibt es da Bestrebungen, auch die Fachhochschulen und die kleineren Hochschulen in so eine gemeinsame Infrastrukturplanung und -konzeptionierung mit reinzunehmen, um auch mehr Sicherheit zu erreichen? So eine zersplitterte Cloudnutzungslandschaft ist wahrscheinlich nicht das, was wir zum Schluss wollen.

Damit zusammenhängend wäre noch meine Frage, auch an Sie drei: Wir diskutieren ja in der Berliner Verwaltung insbesondere auch die Frage, wie wir ein bisschen von der Abhängigkeit von großen Anbietern wegkommen. Herr Oldenburg hat es auch gesagt. Die TU führt gerade SAP ein. Damit ist man eigentlich wieder im Gefängnis eines großen Anbieters. Wir haben auch Microsoft auf vielen Bürorechnern in der öffentlichen Verwaltung. Gibt es die Debatte darüber, wie die Hochschulen vielleicht auch ein Stück souveräner werden, um es mal mit den Worten der Bundesregierung zu sagen, also digitale Souveränität auch bei der Softwareausstattung miteinzuplanen und vielleicht ein Stück weit auf Open-Source-Software zu gehen und da eine Umstellung zu erreichen? Das hat ja nicht nur was mit eventuellen Kosten zu tun, sondern auch mit Souveränität im eigentlichen Sinn, was Daten angeht, weil Microsoft in Zukunft nur noch über amerikanische Server seine Dienste abwickeln wird, und wir wissen alle, dass es datenschutztechnisch nicht das Gelbe vom Ei ist, wenn man über solche Cloudlösungen geht.

An Frau Kindling habe ich die Frage: Können Sie Sie ungefähr abschätzen, wo wir bei der Open-Access-Umsetzung stehen? Es war ja tatsächlich ein ehrgeiziges Ziel, 60 Prozent Open Access zu erreichen. Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass dazu auch ein Umdenken bei den Berufungsvoraussetzungen notwendig ist, dass eben Open-Access-Journale genauso zählen wie die großen kommerziellen Journale. Vielleicht können Sie sagen, wie es aus Ihrer Sicht um diesen Strukturwandel, um diesen Kulturwandel in den Berufungen bestellt ist.

Dann habe ich noch eine Frage zu dem Open-Access-Büro selber. Wir hatten vor zwei Jahren mal eine Debatte über die Stellenausstattung, und ich hatte mich damals auch persönlich dafür eingesetzt, dass es besser ausgestattet wird und dass es vor allem überhaupt weitergeht. Da stand man ja durchaus auf der Kippe. Wie sind Sie denn jetzt abgesichert? Geht es jetzt auf Dauer weiter, oder gibt es da immer noch Probleme?

Meine letzte Frage bezieht sich auf das Förderprogramm der Kulturverwaltung, das über die digiS abgewickelt wird, was ja recht erfolgreich läuft. Ich bin da jedes Jahr auf der Jahrestagung. Es ist immer toll und spannend zu sehen, was es da für Projekte gibt. Inwieweit sind die Wissenschaftsbibliotheken und wissenschaftlichen Einrichtungen da mit umfasst, oder bräuchten wir für die Wissenschaft etwas Eigenes, um die Schätze zu heben, die noch in den Archiven und Bibliotheken schlummern und es wert wären, digitalisiert zu werden? – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Jetzt hatte ich mich selber auf die Redeliste gesetzt.

Martin Trefzer (AfD): Ich wollte noch mal das Thema Open Science herausgreifen. Ich bin sehr dankbar, Frau Kindling, dass Sie dieses Thema angesprochen und auf die zentrale Bedeutung der Möglichkeit zum Nachvollziehen von Forschungsergebnissen für die Freiheit von Forschung und Lehre hingewiesen haben – das ganze Thema Integrität oder gerade auch die Fragen, die sich uns vor dem Hintergrund der Replizierbarkeitskrise der Wissenschaft stellen. Sie haben viele Dinge ausgeführt, die in Berlin schon laufen, haben aber auch auf ein paar Punkte hingewiesen, die aus Ihrer Sicht hier in Zukunft noch passieren müssen. Sie haben gesagt, es müsste eine Clearingstelle eingerichtet werden. Es wäre auf jeden Fall notwendig, die finanziellen Anstrengungen zu verstärken. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie auch das Open-Access-Büro zusammen mit einem Open-Science-Büro verstärken, oder können Sie sich vorstellen, dass es vielleicht auch eine eigene Infrastruktur, ein eigenes Open-Science-Center in Berlin gibt? Das wäre auch meine Frage an den Senat. Was ist die Meinung des Senats zu diesem ganzen Thema Open Science? Gibt es Überlegungen, ein Center für Open Science, was es ja in anderen Ländern schon gibt, auch in Berlin einzurichten? Es gibt ja schon ganz viel, Frau Kindling hat darauf hingewiesen, aber wäre es nicht sinnvoll – Sie hatten gesagt, das sei in den Hochschulverträgen festzuschreiben –, vielleicht auch von Senatsseite etwas anzustoßen? – Das wäre meine Frage.

Vorsitzender Martin Trefzer: Dann ist Herr Buchholz dran. – Bitte schön!

Christian Buchholz (AfD): Ich habe eine Frage an Frau Prof. Burkova. Aber zunächst einmal vielen Dank an die Anzuhörenden! Meine erste Frage ist: Sie sagten, 14 Bundesländer haben ressortübergreifende Strategien. Berlin ist da Nachzügler, Berlin verfügt eher über Teilstrategien, die aber nicht unbedingt öffentlich zugänglich sind. In welchem Umfang sind Digitalisierungsstrategien anderer Bundesländer öffentlich zugänglich, und inwieweit haben Sie das ausgewertet oder könnten uns da eine einzelne Strategie empfehlen, auch in Bezug auf Hamburg? Wer hat die Hamburger Strategie verfasst? Können Sie uns dazu etwas sagen?

Ein zweites Thema: So eine Anhörung bietet ja auch eine gute Gelegenheit zur Vernetzung unter den Anzuhörenden. – Frau Dr. Bör! Sie sagten, dass es einen Mangel an IT-Fachkräften gibt, während Herr Oldenburg empfahl, IT-Personal zu entwickeln und zu binden. Inwieweit haben Sie beide diese Möglichkeit evaluiert, dass man vielleicht steuert – die Unis sitzen ja an der Quelle des Nachwuchses –, dass man dort eher das IT-Personal entwickelt und bindet und hält? An beide stelle ich die Frage: Wo hapert es, und was sind die Vorschläge von Herrn Oldenburg, um genau dieses zu tun, was Sie gesagt haben?

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Buchholz! – Jetzt hatte sich der Regierende Bürgermeister zu Wort gemeldet. – Herr Müller, bitte!

Regierender Bürgermeister Michael Müller: Vielen Dank! – Wir haben uns ja im Bereich der Digitalisierung viel vorgenommen in Berlin, und ich glaube, dass wir auch ein gutes Umfeld und ein gutes Potenzial dafür haben mit den Instituten, den Professuren, dem ganzen Know-how, internationalem Know-how ja auch, das wir in unserer Stadt haben. Nun gab es doch ein paar Töne hier, dass wir vielleicht noch nicht so weit sind, wie man vielleicht erwarten kann. Deswegen will ich noch mal zur Klärung für mich, für uns beide hier an ein, zwei Stellen nachfragen. – Frau Prof. Burkova! Sie hatten eben angesprochen, dass Sie keinen Digitalverbund erkennen können, jedenfalls nicht sehen, dass es in Berlin wirklich eine gute Vernetzung und Kooperation gibt. Wo ist es denn aus Ihrer Sicht wirklich gut? Man kann sich

ja auch guten Beispielen orientieren, es schadet ja nicht, auch etwas zu übernehmen, wenn einer was besser macht, aber wo sagen Sie als Fachfrau in dem Bereich, da läuft es so, wie man es sich wünscht, um wirklich schnell und gut voranzukommen? Daran kann man sich ja vielleicht orientieren.

Ich will auch noch mal nachhaken bei der Prozentzahl, die Sie genannt haben. Ich glaube, Herr Grasse hatte das auch angesprochen. Eine Digitalstrategie sehen Sie bei 55 Prozent der Hochschulen, wenn ich es richtig verstanden habe. Was machen eigentlich die anderen 45 Prozent? Ich kann das überhaupt nicht glauben. Sagen die, das ist für uns kein Thema, oder haben die eine andere Initiative, eine andere Plattform, die man jetzt nicht Digitalstrategie nennt? Dann ist es etwas anderes, womit die arbeiten, aber dass die Hälfte der Institute sagt: Ist nicht! –, kann ich nur schwer glauben, um es vorsichtig zu sagen.

Ich will auch noch mal konkret bei der Situation in Berlin nachhaken. – Frau Bör! Sie haben angesprochen, dass auch aus Ihrer Sicht da ein vernetztes Arbeiten der Unis fehlt oder dass man da weiter sein könnte, wenn man sich miteinander abstimmt. Dann frage ich mal zurück: Warum tun Sie es nicht? Warum stimmen Sie sich nicht miteinander ab? Dafür braucht man nicht die Politik und auch kein Anreizsystem, denn das Anreizsystem ist in den Hochschulverträgen festgelegt, auch mit ordentlich Geld. Es ist ein hoher Betrag, in den 20er-Millionen, wenn wir das richtig im Kopf haben, der in den Hochschulverträgen eine Digitalstrategie unserer Hochschulen absichert. Wenn Sie den Mangel erkennen, vermute ich mal, wird es bei den anderen auch so sein, dass die sagen, man könnte eigentlich mehr machen. Warum ist da eine Vernetzung nicht schon weiter vorangeschritten? Im Gegensatz zu den eher kritischen Tönen von Ihnen höre ich aber von Frau Kindling zum Beispiel, dass man schon gut vorangekommen ist. Ich glaube, im Digitalbereich ist man ohnehin schwer an einem Punkt, wo man sagen kann, jetzt hat man alles geschafft, denn die Entwicklung geht ja immer weiter und bietet einem neue Möglichkeiten, die man dann wieder umsetzen muss, wenn man schon viel gemacht hat. Sie kommen beide von der FU oder sind an der FU, und einerseits höre ich: Wir haben viel miteinander erreicht, wir haben eine gute Plattform, es gibt viel Vernetzung. –, und auf der anderen Seite höre ich: Da ist noch viel mehr möglich. – Also wie ist die Verständigung schon innerhalb der Hochschule und erst recht dann auch mit den anderen Instituten, mit den anderen Universitäten? Uns hat sich hier noch nicht so richtig erschlossen, warum wir da nicht das Potenzial, das vielleicht da ist, inzwischen schon stärker gehoben haben.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Müller! – Jetzt kommen wir zu den Antworten der Anzuhörenden. – Frau Prof. Burkova! Wollen Sie wieder den Aufschlag machen? – Bitte schön!

Prof. Olga Burkova (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg): Ich kann gerne starten und würde versuchen, einige Fragen insbesondere strategischer Natur zu bündeln. Ich fange mal mit der Zahl 55 Prozent an, die einige hier im Raum irritiert hat. Die Zahl ist einer Studie zu entnehmen, der aktuellsten Studie. Im Rahmen dieser Studie wurden Hochschulen Deutschlands befragt, ob sie bereits über eine Digitalisierungsstrategie verfügen, und die Frage lautete, ob es tatsächlich eine Gesamtstrategie – ich betone es noch mal, nicht eine E-Learning-Strategie oder eine IT-Strategie oder eine Digitalisierung von Verwaltungsprozessen – gibt oder diese bereits in Arbeit ist. Es ist in der Tat so, dass wir bei der Zahl von knapp 55 Prozent landen. Die Statistiken sind von 2019, das heißt, aktuellere Zahlen haben wir im Moment nicht. Vielleicht zwei, drei Sätze zu Digitalisierungsstrategien:

Das muss ja nicht heißen, dass jede Hochschule eine Digitalisierungsstrategie braucht. Insbesondere kleinere Hochschulen – wir sehen das auch am bundesweiten Durchschnitt –, Musik- und Kunsthochschulen und kleinere Fachhochschulen neigen dazu, im segmentierten Bereich, in einzelnen Bereichen Strategien zu entwickeln, und da war mein Plädoyer: Es wäre sinnvoll, Verbundstrukturen zu schaffen, um Synergieeffekte zu nutzen, insbesondere im Bereich der IT-Infrastruktur – das Stichwort SAP fiel schon häufiger im Gespräch –, im Bereich von Verwaltungsstrukturen usw. usf. Warum braucht man eigentlich eine Digitalisierungsstrategie? – Eine Digitalisierungsstrategie gibt einen Handlungsrahmen vor und ist eigentlich gar kein Selbstzweck. Warum mache ich Digitalisierung? – Weil ich durch Digitalisierung eine bestimmte Profilbildung meiner Hochschule erreichen möchte. So ist meine Vision an der Stelle.

Zur Ergänzung dieser Zahl, 55 Prozent, habe ich zwei weitere Zahlen rausgesucht. Am meisten haben die Hochschulen – da liegen sie bei dieser besagten Befragung bei knapp 70 Prozent – ihre Strategien im Bereich E-Learning, Lernen und Lehre, vorangetrieben, und knapp 62 Prozent der Hochschulen geben an, eine Digitalisierungsverwaltungsstrategie zu haben.

Vielleicht noch mal insgesamt zu der Frage: Warum braucht man eigentlich eine Strategie? – Ich glaube, man muss unterscheiden zwischen der politischen Ebene, politischen Programmatiken – EU, Bund und Länder, da brauchen wir tatsächlich so eine Vorgabe –, und auf der Ebene der Hochschulen spreche ich eher von organisatorischen Handlungsprogrammen. Eine Strategie zu entwickeln muss ja nicht heißen, dass ich komplett alles neu entwickle, sondern dass ich viele Initiativen bündele und auf einen Nenner bringe und da, wo es geht, viele Synergieeffekte nutze. Ich kann aus unserer Perspektive, aus der Perspektive unserer Hamburger Hochschulen und im speziellen Fall aus meiner Perspektive berichten, dass wir natürlich eine starke Priorisierungs- und Mobilisierungsfunktion durch eine solche Digitalisierungsstrategie haben. Das heißt, wir können Anreize setzen, wir können auch die Veränderungsbereitschaft erzeugen. Häufig klang heute das Thema digitaler Kulturwandel an. Das ist, glaube ich, das, worauf es jetzt an einzelnen Einrichtungen ankommt. Und natürlich können wir uns durch eine strategische Entwicklung und Positionierung der Hochschulen im Wettbewerb ganz klar im Sinne der Profilierung positionieren. Ob jede Hochschule eine Digitalisierungsstrategie braucht, das wage ich zu bezweifeln. Ich gehe davon aus, dass Berlin relativ viel Potenzial auch durch die Nähe und durch die bisherigen Profile der Hochschulen zur Bündelung der Initiativen hat.

Das Thema Querschnittsaufgabe: Ja, bis jetzt habe ich die Hochschulen in meinen Analysen und Aktivitäten so erlebt, dass ein starker Fokus im Bereich Lehre gesetzt wurde im Sinne der Entwicklung von Lernplattformen, E-Learning-Strategien, im besten Fall kommt das Thema Forschung hinzu, und wenn alles gut läuft auch das Thema Verwaltung. Aber ich glaube, es geht darum, dieses Thema als eines der gesamten Einrichtung im Sinne der gesamten Transformation der Hochschulen zu betrachten. Es gibt einige wenige Hochschulen, die das tun, meiner Kenntnis nach sind es sechs, inzwischen sieben. Letzte Woche war ich bei einem Auswahlgespräch an einer Hochschule im Norden, die sich auch für ein Konrektorat für Digitalisierung entschieden hat. Im UAS 7, University of Applied Sciences, sind wir schon drei von sieben Hochschulen, die dieses Thema auf der präsidialen Ebene in Form eines neuen Amtes angesiedelt haben.

Wenn Sie mich nach guten Beispielen fragen, insbesondere im Bereich Vernetzung, dann würde ich gerne zwei Beispiele aus Hamburg aufgreifen, zum einen das Thema HOOU, Hamburg Open Online University, wo alle sechs staatlichen Hochschulen sehr eng miteinander arbeiten und recht viele Synergieeffekte nutzen. Das zweite Thema ist Hamburg Open Science. Sie haben schon erwähnt, dass Sie auch dorthin Kontakte haben. Da arbeiten im Bereich Open Access, Open Science, digitaler Kulturwandel alle sechs staatlichen Hochschulen zusammen.

Jetzt komme ich zum Thema Herausforderungen und Gründe, warum es häufig nicht funktioniert. Das ist nicht nur eine Ressourcenfrage. Die aktuellen Befragungen zeigen, dass es auch eine Frage der Governance ist. Diese Frage möchte ich nicht nur auf das Thema IT beziehen, wie es schon in der Runde anklang, sondern Digitalisierung bedeutet eine bestimmte Veränderungsbereitschaft. Durch eine bestimmte Veränderung, die dort in solchen größeren oder klaren Maßstäben verursacht wird, verändern sich auch die Handlungsfähigkeitsmechanismen einer Hochschule. Wenn man tatsächlich ganzheitlich Digitalisierung an Hochschulen betreibt, dann stößt man an dieses Thema Governance, und im Zweifel bedeutet das, dass man interne Prozesse neu aufsetzen muss und auch die Funktionsfähigkeit bestimmter Prozesse infrage stellt. Die dritte Herausforderung neben Ressourcen und Governance ist die Haltung und Einstellung im digitalen Wandel und Kompetenzen von Kolleg/inn/en, aber auch von Studierenden.

Dann komme ich zu den bürokratischen Hürden, die ich benannt habe. Ich mache es an einem Beispiel. Warum betreiben wir das Thema Digitalisierung so aktiv? – Weil meines Erachtens die zentrale Aufgabe, insbesondere bei den Fachhochschulen, die sein wird, unsere Absolvent/inn/en für den digitalen Arbeitsmarkt und die digitale Gesellschaft so vorzubereiten, dass sie ihre Kompetenzen dort anwenden und auf dem digitalen Arbeitsmarkt bestehen können. Dafür braucht es meines Erachtens nicht E-Learning-Strategien, dafür müssen wir an die Inhalte ran. Dafür müssen wir an unsere Studiengänge ran, müssen sie uns kritisch anschauen. Es geht nicht darum, wie nutze ich jetzt Medien oder welche Lernplattform nutze ich, sondern vielmehr darum: Welche Inhalte, welche Kompetenzen vermittele ich meinen Studierenden? Vor dem Hintergrund brauche ich natürlich ganz andere Arbeitsformen, zum Beispiel interdisziplinäre Studiengänge. Um Studiengänge interdisziplinär gestalten zu können, stellen sich die Fragen des Lernexports, die Fragen nach neuen Prüfungsformen. Allein um eine Prüfungsordnung zu ändern – da werden mir die Kollegen hier wahrscheinlich recht geben –, muss man schon einen sehr langen Atem haben und sehr viel Geduld aufbringen. Solche Hürden meine ich. Also wenn wir das Thema Digitalisierung in der Lehre und nicht Digitalisierung der Lehre ernsthaft angehen wollen, dann müssen wir an das Kerngeschäft, in dem Fall an die Lehre ran.

Vielleicht noch ganz kurz zu den Zahlen. 14 Bundesländer haben eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie. Dazu gehört beispielsweise Hamburg. Diese Strategien sind veröffentlicht, das heißt, sie sind öffentlich zugänglich und sind dann in unterschiedlichen Qualitäten im Internet zu finden und zu lesen. Ich glaube, man muss unterscheiden. 14 Bundesländer haben diese ressortübergreifenden Strategien, mindestens sieben, meines Erachtens jetzt acht Bundesländer haben eine Digitalstrategie für die Hochschulbildung, und erst an der dritten Stelle kommen die Strategien der einzelnen Hochschulen. Wie ich schon gesagt habe, variieren die Zahlen da so, dass die meisten Hochschulen das Thema Lehre in den Fokus stellen und/oder Verwaltung. Ich kann bei dieser Zahl 55 Prozent keinerlei Aussagen zur Qualität

dieser Strategien machen, tatsächlich ist es eine quantitative Zahl, dass 55 Prozent der Hochschulen derzeit an einer Gesamtstrategie arbeiten oder eben über eine solche verfügen. – So weit, so gut, ich glaube, ich habe jetzt alle Punkte.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Prof. Burkova! - Dann Frau Dr. Bör, bitte!

Dr. Andrea Bör (FU Berlin; Kanzlerin): Ganz herzlichen Dank! – Es sind ja viele Punkte in der Luft. Ich möchte eines noch mal klar herausstellen: Digitalisierung ist kein Projekt, das wir heute anfangen und morgen beenden. Digitalisierung ist ein gesamter Kulturwandel. Deswegen ist auch die Frage: Wie viel kann ich in eine Strategie packen? Strategiepapiere sind sehr geduldig. Auch die Freie Universität hat 2016 eine Digitalisierungsstrategie online gestellt. Die finden Sie nicht mehr online, weil sie mittlerweile, vier Jahre später, längst veraltet ist. – Das einfach mal vorweg. Wir sind hier in einem Kulturwandel.

Dann möchte ich ganz konkret auf ein paar Fragen eingehen. Wir haben zwei große Examination-Centers an der Freien Universität Berlin. Dort werden 24 Stunden am Tag, möchte ich schon fast sagen – nachts natürlich nicht –, Prüfungen abgehalten. Die sind im Übrigen auch sehr nachgefragt von Wirtschaftsbetrieben, die gerne solche Zentren nutzen – da sind bis zu 100 Computer aufgestellt –, um ihre Prüfungen dort abzuhalten. Wir nutzen sie aber auch sehr stark in der universitären Lehre und für universitäre Prüfungen. Genauso findet alles, was neueste Technologien sind, Anwendung, auch KI. Wir haben Virtual Reality, aber eben alles in Ansätzen, alles in Pilotprojekten und nicht durchgängig und vielleicht noch nicht so, wie man es sich wünschen würde, in einer abgestimmten Strategie über alles hinweg.

Ich möchte konkret dem Regierenden antworten auf die Frage: Warum vernetzen wir uns nicht? – Es ist so, dass wir auf sehr gewachsenen Strukturen aufsetzen und jede der Institutionen ihre eigenen Strukturen, auch ihre eigenen Philosophien, möchte ich es mal nennen, wenn es keine Strategien sind, entwickelt hat, und diese jetzt zu erneuern und vielleicht gemeinsam denselben Weg einzuschlagen, ist manchmal schwierig, insbesondere wenn uns – und das erleben wir gerade aktuell – die Infrastrukturen dazu wegbrechen.

Damit komme ich zur Frage unseres Nachwuchses für die IT. Es ist tatsächlich so: An den Universitäten bilden wir zwar auch Informatiker aus, die studieren bei uns, das sind aber nicht die IT-Kräfte, die uns im digitalen Wandel innerhalb der Hochschule helfen. Das ist eher im Bereich der Auszubildenden. Wir bilden viel aus. Wir haben allein an der Freien Universität 100 Auszubildende in verschiedenen Berufen, davon sehr viel auch Fachinformatiker, sowohl Softwareentwicklung wie auch Hardware, aber es ist tatsächlich so, dass wir die, die wir ausbilden, nach ihrer Ausbildung ganz schnell verlieren, weil sie auf dem Arbeitsmarkt dringend gesucht werden und dort ggf. bessere Löhne gezahlt werden. Das haben Sie schon erwähnt. Es ist aber auch so, dass man IT heute nicht mehr kleinteilig organisiert. Ich sprach von dem Wandel. Es ist eine gesamte Bewegung, und das heißt, dass ich eben nicht mehr innerhalb eines einzelnen Instituts eine Digitalstrategie umsetze und auch nicht innerhalb der eigenen Hochschule, sondern ich kann es nur hochschulübergreifend in einem Land, idealtypisch sogar in einer bundesweiten Digitalisierungsbewegung machen, weil wir tatsächlich im nationalen und internationalen Vergleich etwas hinterherhinken. Wenn unsere Austauschstudierenden von ihren Auslandsaufenthalten in Japan zurückkommen, dann sagen sie: Wir fühlen uns ein Jahrhundert zurückversetzt. – Das ist heute gelebte Realität, und dem müssen wir uns stellen, nicht, wie wir uns gegenüber einzelnen Hochschulen im Land Berlin behaupten oder stra-

teigisch profilieren, sondern wie wir das gegenüber den ausländischen Institutionen tun, die an mancher Stelle eben weiter sind.

Herr Schulze, Sie haben gefragt, wie ich zum Campusmanagement stehe. Es ist eine schwere Geburt, aber auch, weil wir – deutsch – ganz genau jeden Studiengang adäquat abgebildet haben. Wir haben an der Freien Universität Berlin 2 000 Studienordnungen aktiv im System, 2 000 versuchen wir jetzt noch ins System zu bringen, um die Altdaten der Magister- und Diplomstudiengänge in die Digitalisierungswelt zu überführen. Das ist tatsächlich ein Wahnsinn. Da würde ich bitten, dass wir uns in Zukunft auch, wenn wir Bologna-Reformen machen, selber überlegen: Wie können wir diese sinnhaft umsetzen? Da hätte ich viele Ideen. Aber, wie gesagt, das in die jetzige Struktur, wo man 2 000 verschiedene Studienordnungen im System hat, umzusetzen, wird ein Kraftakt, der mindestens fünf bis zehn Jahre dauern wird. Das ist meine Prognose.

Cloudnutzung: Ja, die großen Institutionen nutzen die Cloud. Wir an der Freien Universität haben uns entschieden, mit der TU zusammen diese Cloud hier am Standort Berlin zu nutzen. Aber die Freiheit von Forschung und Lehre und die Cleverness unserer Wissenschaftler/innen finden ihre eigenen Bahnen. Natürlich benutzen sehr viele der Wissenschaftler/innen auch internationale Cloudservices, und ich kann und will es ihnen auch gar nicht verbieten.

Da bin ich bei dem anderen Thema, Souveränität in Bezug auf IT. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen die Hochschulen meinten, sie könnten ihre eigenen IT-Systeme stricken. Microsoft, Adobe – egal, welchen IT-Konzern Sie nennen –, aber auch junge Start-ups erfinden ein System und setzen Tausende von Programmierern dran, damit das schön und sicher wird, und trotzdem erleben wir leider, wie kürzlich auch an der Uni Gießen, schreckliche Dinge, nämlich dass diese Systeme gehackt werden. Wir können es nicht alleine, auch nicht im Land Berlin, auch nicht deutschlandweit, so ein System dagegenzuhalten. Wir müssen nur schauen, dass wir die Systeme, die wir zum Teil käuflich erwerben, zum Teil auch in großen Open-Source-Communities mitentwickeln helfen, so sicher wie möglich halten, damit wir von solchen Hackerangriffen, wie sie leider an vielen Hochschulstandorten in den letzten Monaten durchgeführt wurden, verschont bleiben. Wir sind sehr gut aufgestellt, zumindest was die großen Institutionen anbelangt, wenn wir unsere internen Systeme nutzen, aber wir haben leider auch sehr viele Systeme in der Grauzone, die für die Forschung pilothaft eingesetzt werden und die nicht immer so sicher sind, wie wir es uns wünschen würden.

Jetzt komme ich noch zu einem letzten Punkt. Auch IT innerhalb der Hochschulen können wir nicht nur aufgrund des Geldes nicht immer gewährleisten, sondern wir haben in der IT, wie nun mal üblich, 24/7-Anforderungen. Unsere Wissenschaftler sind unterwegs, und wir erwarten einfach, dass die Systeme Tag und Nacht betreut werden. Auch das ist eine Sache, die ich natürlich im öffentlichen Dienst ganz schwer flächendeckend gewährleisten kann. Im medizinischen Bereich, wo es um Leben und Tod geht, machen wir das selbstverständlich, aber ich habe schon allein in der Veterinärmedizin bei unseren IT-Produkten, die wir im Einsatz haben, Probleme, diese sieben Tage 24 Stunden betreut vorzuhalten. Insofern haben wir da viele Themen.

Sie haben noch angesprochen: Wo kann das Berliner Abgeordnetenhaus helfen? – Ich komme nun mal aus München, habe selber ganz eng mit dem Leibniz-Rechenzentrum zusammengearbeitet. Es ist das Rechenzentrum, das in den Siebzigerjahren ursprünglich für die Münche-

ner Hochschulen etabliert wurde, das unter anderem das Hochleistungsrechnen dort macht, aber auch viele andere Projekte, unter anderem den E-Mailbetrieb für die gesamten Münchener Hochschulen gewährleistet, Softwarelizenzen für ganz Bayern bestellt, Speicherkapazitäten bereithält für alle Wissenschaftler/innen in München. Das ist eine Einrichtung, wie ich sie mir auch wünschen würde, dass wir sie gemeinsam von den Hochschulen des Landes Berlin betreiben können sollten. Es ist im Moment im BerIHG nicht möglich, dass wir so eine gemeinsame Governancestruktur über eine Zentraleinrichtung decken können. Das wäre ein Best-Practice-Beispiel neben der ZENDAS.

Wie gesagt, Datenschutz ist für mich eine Sache. Wir sind in manchen IT-Projekten, die wir in den letzten Monaten hatten, immer wieder ausgebremst worden, weil die Datenschutzbeauftragten ihr Votum dazu abgeben mussten, und zwar nicht einmal für alle Hochschulen, sondern elf Mal für elf Institutionen. Da würde ich mir wünschen, dass das vom Land Berlin ein bisschen klarer definiert würde. Man kann Datenschutz externalisieren, das ist kein Thema, aber wir bräuchten eine Stelle, wo es hinläuft. Ich bin gerade dabei, eine externe Firma damit zu beauftragen, sie sitzt in Frankfurt, aber man hätte sich auch vorstellen können, dass wir im Land Berlin solche Themen verstärkt angehen.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Bör! – Dann Herr Christof, bitte!

Jürgen Christof (TU Berlin, Universitätsbibliothek): Auch ich möchte versuchen, auf die zahlreichen Fragen der Reihe nach einzugehen, zunächst zum Themenkomplex: Welche Personen sind im Bereich der Digitalisierung bei uns involviert? Ich habe für die Universitätsbibliothek der TU Berlin das Motto ausgegeben: Open Access geht alle an. Damit ist hier auch mit Blick auf meine Vorrednerinnen schon der Punkt adressiert. Das ist ein Kulturwandel, der letztlich jeden Arbeitsplatz in der Bibliothek berührt, und von daher sind alle Kolleginnen und Kollegen der Institution aufgefordert, sich mit dem Thema Digitalisierung inhaltlich zu beschäftigen. Selbstverständlich ist das von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz unterschiedlich, aber am Ende sind alle unmittelbar von diesen Veränderungsprozessen berührt, und wir versuchen, das auch im Alltag genau so zu leben.

Welche digitalen Angebote gibt es in Ergänzung zur Präsenzlehre? – Es ist mittlerweile Standard, dass alle Verlagsangebote auch in digitaler Form angeboten werden. Wir können bei den Beschaffungswegen wählen, ob wir Print oder Online die entsprechenden Medien für unsere Nutzer/innen – das sind ja hauptsächlich die Studierenden der Universitäten – beschaffen. Wir haben eine E-First-Policy. Das bedeutet, wenn es beide Produkte gibt, dann wählt man mit Blick auf die starke Nachfrage nach den elektronischen Angeboten eben auch das digitale Buch und die digitale Fachzeitschrift, wobei zum Fachzeitschriftenmarkt gesagt werden muss, dass es mittlerweile auch immer mehr Verlage gibt, die die Printprodukte einstellen, und von daher auch gar keine Möglichkeit mehr besteht, auf entsprechende Printmedien zugreifen zu können.

Die Nachfrage nach diesen digitalen Inhalten ist exorbitant hoch. Wir machen jedes Jahr ausführliche Messungen, wie die Nutzungsintensität der ja auch mit teurem Geld eingekauften Lizenzen ist, und dabei kann festgestellt werden, dass es jedes Jahr neue Steigerungsraten gibt, die teilweise 20, 30 Prozent betragen, sodass man sehen kann, dass der Prozess hin zum digitalen Wandel auch in der Lehre in vollem Gange und in manchen Fachbereichen auch längst vollzogen ist. Ob das wirklich einen Beitrag leisten kann, um Studienabbrecherquoten

zu reduzieren, da bin ich skeptisch. Nur weil Medien in anderer Form angeboten werden? – Ich bin unsicher, ob es wirklich einen logischen Zusammenhang zwischen Abbrecherquoten und der Form der angebotenen Medien gibt. Aber es wäre interessant, das mal zu untersuchen.

Schließlich ist hier das Thema Datenschutz vorgebracht worden. Ja, das ist ein großes, komplexes Thema. Alle unsere IT-Fachverfahren, die wir zum Wohle der Wissenschaft, von Studium und Lehre einsetzen, müssen die datenschutzrechtlichen Hürden überwinden, und da kann ich mich auch hier meinen Vorrednerinnen anschließen. Es wäre wünschenswert, wenn es da über die schon bestehende enge Abstimmung der Berliner Datenschutzbeauftragten an den Hochschulen hinaus gemeinsame Regelungen geben könnte, ganz konkret, dass man, wenn an einer Hochschule etwas geprüft und als in Ordnung akzeptiert worden ist, das dann auch an den anderen Hochschulen zum Beispiel einsetzen könnte.

Anmerken möchte ich, dass es an der Technischen Universität selbstverständlich einen Vizepräsidenten für Digitalisierung gibt, das ist Prof. Heiß, und auch eine CIO-Struktur, einen CIO mit Prof. Kao, sodass an allen Hochschulen auf der Ebene der Präsidien das Thema Digitalisierung in Form entsprechender Expertise abgesichert ist.

Jetzt ein Blick auf die Digitalisierung der Bestände. Da gilt es, zwei unterschiedliche Aspekte zu adressieren. Das sind einmal die historischen Bestände, die auch frei von Urheberrechtsschutz sind. Wie können diese Bestände, die in großer Zahl in den Magazinen der Universitätsbibliotheken schlummern, das Licht der Welt erblicken und online gebracht werden? – Es braucht entsprechende Infrastruktur und Ressourcen, um diese Herkulesaufgabe stemmen zu können. Hier gibt es ja im Land Berlin mit dem digiS-Förderprogramm bei SenKult eine ausgesprochen erfolgreiche Förderstruktur, auf die das Land auch sehr stolz sein kann und die überregional immer wieder für große Aufmerksamkeit sorgt. Ich hatte ja vorhin schon bemerkt, dass wir uns hier vonseiten der Universitätsbibliotheken wünschen würden, dass auch für die Universitätsbibliotheken die Möglichkeit besteht, entsprechende Anträge auf Mittel zu stellen, um hier eine deutlich höhere Geschwindigkeit bei der Digitalisierung umsetzen zu können. Es ist nicht so, dass hier nichts passiert, aber mit zusätzlichen Mitteln ließe sich die Geschwindigkeit hier deutlich steigern. Der andere Aspekt sind die aktuellen Bestände. Hier geht es um das Thema DEAL und Open Access, also: Wie man mit großen Wissenschaftsverlagen umgehen, die in der Vergangenheit den Universitäten und ihren Bibliotheken große Geldsummen abgepresst haben, um den Zugang zu den Fachjournalen für die Wissenschaft gewährleisten zu können? Hier hat dank der Initiative der Hochschulrektorenkonferenz und der KMK ein Umdenken stattgefunden. Stichwort ist hier das DEAL-Projekt. Mittlerweile konnten in Deutschland mit zwei großen Wissenschaftsverlagen, Springer Nature und Wiley, international mit großem Interesse betrachtete Verträge hin zu Open Access geschlossen werden, was im Klartext bedeutet, dass Wissenschaftler/innen der Berliner Hochschulen im Rahmen dieser beiden Verträge ihre wissenschaftlichen Ergebnisse mit Open Access publizieren, und zwar in den Fachverlagen, und damit sichergestellt ist, dass entsprechende Reputationsmechanismen, die ja nach wie vor existieren und die auch nicht aufgelöst werden können, nicht zum Schaden der deutschen Wissenschaft unterlaufen werden müssen, sondern man weiter in den etablierten Journalen publizieren kann, aber eben mit Open Access.

Beim Thema E-Klausuren kann ich anmerken, dass das auch für die TU gelebte Realität ist. Selbstverständlich gibt es Labore, in denen Klausuren auf die Art und Weise bearbeitet werden können.

Dankbar bin ich für die Frage zum Thema Bibliotheksentwicklungsplan. Das ist tatsächlich ein Thema, das die gesamte Bibliothekslandschaft in Berlin umtreibt. Wir haben uns für die wissenschaftlichen Bibliotheken sehr stark dafür eingesetzt, ein Positionspapier zu erarbeiten, das vielleicht auch dem einen oder anderen hier bekannt ist, in dem der Deutsche Bibliotheksverband, Landesverband Berlin, für alle Berliner Bibliotheken festgestellt hat, wie wichtig es ist, die Bibliotheksinfrastruktur in Berlin stärker mit dem Netzwerkgedanken zu assoziieren und nicht die einzelnen durch verschiedene Finanzträger voneinander abgegrenzten Bereiche in Säulen zu denken, sondern mehr den Netzwerkgedanken zu adressieren. Wir stehen da in engem Kontakt, sind auch eingebunden in den Bepfel-Prozess (phonet.) und haben uns dort mit eigenen Vorstellungen vor allem zu der Frage geäußert: Wo stehen die Universitätsbibliotheken, Fachhochschulbibliotheken und öffentliche Bibliotheken? Wo sind gemeinsame Handlungsfelder? Wo können wir uns gemeinsam adressieren? Ein plakatives Beispiel möchte ich hier nennen, das ist der gemeinsame Bibliotheksausweis. Das ist etwas, was wir als Großprojekt gern auf den Weg bringen würden. Wenn es auch Unterstützung aus diesem Ausschuss für ein solches Vorhaben geben würde, dann würden wir uns sehr freuen, weil wir das als wegweisend erachten würden – auch für den Wettbewerb der Bundesländer in solchen Fragen.

Zum Thema Fachkräftesicherung: Was machen wir da, was machen wir für die Gewinnung von Fachkräften? – Bisher ist es den Bibliotheken immer noch gut gelungen, mit den Pluspunkten des öffentlichen Dienstes auch IT-Fachkräfte – nicht dauerhaft, aber temporär – zu binden. Meine persönliche Erfahrung ist, dass es insbesondere wichtig ist, mit spannenden Projekten aufzuwarten, die junge IT-Fachkräfte motivieren, an die Universitätsbibliotheken zu kommen und sich dort in interessanten Themenfeldern auszuprobieren. Dann bleiben die ein, zwei, drei, vier Jahre, unterstützen uns, bringen uns in unserer Infrastrukturentwicklung voran, aber man muss dann auch fairerweise wissen, dass die nach drei, vier Jahren gehen. Das ist nichts Schlimmes, aber es ist ein Prozess, der gut begleitet werden muss und der nicht dazu führen darf, dass man am Ende mit angefangenen Projekten dasteht, die nicht mehr betreut werden können. Aber das ist leistbar.

Schließlich noch ein Punkt zum Thema studentische Hilfskräfte, Servicehilfskräfte: Das ist tatsächlich ein anderes Thema. Wir in den Bibliotheken sind ja nicht mehr in der Lage, studentische Hilfskräfte beschäftigen zu können. Ich kann für mein Haus sagen, dass wir den Umstellungsprozess auf E2-Kräfte in diesem Fall mehr oder weniger abgeschlossen haben. Das sind Kräfte, die eingesetzt werden, um die erweiterten Öffnungszeiten garantieren zu können. Also hier geht es nicht um IT-Unterstützung, sondern insbesondere um das Thema Öffnungszeiten.

Da ist eine gute Lösung gefunden worden, und so sehe ich das auch an den anderen Einrichtungen.

Zum Thema Cloudnutzung: Selbstverständlich nutzen wir Clouddienste in unterschiedlicher Form, auf der einen Seite, indem wir unseren Wissenschaftler/innen mit Rat und Tat bei der Nutzung solcher Dienste zur Seite stehen und dafür werben, dass die eigenen Cloudinfrastrukturen, von denen es sehr leistungsfähige an der TU Berlin gibt, genutzt werden. Ich will aber Frau Dr. Bör absolut recht geben, dass es vermessen ist zu glauben, dass im Verwaltungsbereich die entsprechenden Softwarelösungen in Eigenregie als Open-Source-Lösungen von den Bibliotheken selbst programmiert werden könnten. Vor zehn Jahren hätte man vielleicht noch die Chance gehabt, zum Beispiel beim Thema Library-Managementsysteme eine Open-Source-Lösung mit gemeinsamer Kraft auf den Weg zu bringen. Das ist aber ausgeblieben, sodass wir heute auch ein Stück weit von kommerziellen Anbietern abhängig sind, wenn wir Qualität auf höchstem Niveau – und das wird von den Nutzer/innen erwartet – anbieten wollen. Nichtsdestotrotz setzen die Universitätsbibliotheken absolut auf Open-Source-Lösungen. Zum Beispiel setzen im Bereich der Fachrepositorien für unsere Open-Access-Inhalte alle gemeinsam auf eine Lösung, die sich DSpace nennt. Das ist die weltweit führende Open-Source-Lösung für diesen Bereich, und da bringen wir uns auch in den internationalen Kontext ein.

Letzter Punkt: Neben digiS, dem erwähnten Förderprogramm, möchte ich noch kurz darauf verweisen, wie wichtig auch die Infrastruktur des gemeinsamen Kooperativen Bibliotheksverbundes Berlin-Brandenburg, KOBV, für uns ist. Das ist ein wichtiger Knotenpunkt, an dem die Bibliotheksinteressen von Berlin und Brandenburg zusammenfließen, und dort finden ganz konkret Digitalisierungsprojekte statt, die zum Wohle aller Beteiligten immer wieder neu auf den Weg gebracht werden können. – Ich hoffe, ich habe so einigermaßen die Fragen beantworten können. Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Christof! - Jetzt Frau Kindling, bitte!

Maxi Kindling (Open-Access-Büro, FU Berlin): Danke schön! – Ich versuche, jetzt auf die Fragen einzugehen, die noch nicht beantwortet wurden. Eine Frage war, ob sich die vertragliche Situation in Bezug auf die Transformationsverträge schon gebessert hat. Herr Christof hat ja schon erwähnt, dass wir mit diesen nationalen DEAL-Verträgen schon ein ganzes Stück weitergekommen sind. Die bringen uns aber leider noch nicht davon weg, dass wir immer noch eine sehr starke Marktkonzentration auf die großen Wissenschaftsverlage haben, wenn wir auf das Thema Open Access in Zeitschriftenartikeln gucken. Wenn wir alle Disziplinen berücksichtigen – und das wollen wir ja auch beim Thema Open Access und Open Science –, dann haben wir eine ganze Reihe von Disziplinen, deren vorwiegender Publikationsmarkt gar nicht Zeitschriften, sondern Bücher sind, und da passiert auch ziemlich viel. Hier sind wir in Berlin auch sehr weit. Wir haben eine Arbeitsgruppe, in der sich die Bibliotheken und die Verlagsvertreter von kleinen und mittelständischen Verlagen zusammengefunden haben und miteinander besprechen, wie man bei der Open-Access-Transformation weiterkommen kann. Darüber hinaus engagieren wir uns auch sehr stark dafür, neben den verlagsbasierten Publikationskanälen weitere wissenschaftsgetriebene Initiativen zu unterstützen, die eigene Journale gründen und dafür die Plattformen der Universitätsbibliotheken nutzen. Also hier hat sich sehr viel bewegt in den vergangenen Jahren. Es ist auch so, dass die Landschaft immer unübersichtlicher wird. Auch deshalb ist es wichtig, dass man solche koordinierenden Stellen

wie ein Open-Access-Büro hat, die versuchen, da ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen und allen Akteuren klarzumachen, an welcher Stelle eigentlich was passiert.

Dann gab es die Frage nach der Abschätzung des Monitorings. Wir sind im Moment dabei, die Publikationszahlen des Jahres 2018 auszuwerten. Wir haben eine Vorgabe von 60 Prozent bis 2020. Die Publikationszahlen für 2018 zeigen uns einen Publikationsanteil von 41,5 Prozent. Damit bewegen wir uns sehr gut auf die 60 Prozent zu. Es wird zu erreichen sein, wird aber sicherlich eine Punktlandung werden, würde ich vermuten. Es ist auch in großer Abhängigkeit davon, was uns diese nationalen DEAL-Verträge tatsächlich bringen. Wir erwarten einen hohen Anteil von Open-Access-Veröffentlichungen in den Zeitschriften von Wiley und Springer für die Jahre 2019 und 2020. Hinzu kommt, dass wir viel Grün-Open-Access haben, das heißt Zweitveröffentlichungen auf den digitalen Repositorien, und das sind Zahlen, die man immer erst mit ein bisschen Zeitverzögerung erheben kann. Den aktuellen Publikationsbericht stellen wir gerade fertig, der wird dann natürlich auch veröffentlicht.

Dann war die Frage inwieweit bei Berufungsverfahren schon Open-Science- oder Open-Access-Aktivitäten berücksichtigt werden. Es gibt an einzelnen Universitäten im Moment Diskussionen, da wird auch in den akademischen Gremien schon über diese Themen gesprochen. Zwei Institutionen, die man hier auf jeden Fall nennen sollte, sind die Charité, die Open Science schon in ihren QUEST-Kriterien verankert hat, und darüber hinaus macht das Berlin Institute of Health da im Moment sehr viel. Die honorieren auch Offene-Daten-Veröffentlichungen. Es gab kürzlich eine Meldung, dass auch negative Resultate mit Zusatzmitteln honoriert werden. Das ist eine sehr schöne Entwicklung, und hier kann man auf jeden Fall feststellen, dass Berlin damit Einrichtungen hat, die da durchaus Leuchttürme sind, und es gibt eine ganze Reihe von anderen Einrichtungen, die da auf jeden Fall nachziehen sollten. Hoffen wir, dass da viel passiert!

Zur Stelle im Open-Access-Büro: Im Moment ist es so, dass das Open-Access-Büro für die Unterstützung aller Berliner Wissenschaftseinrichtungen mit einer Stelle eingerichtet wurde. Die läuft bis 2022. Insofern ist das, was Herr Müller angedeutet hat, – – Das Büro sitzt zwar an der Freien Universität, ist aber zuständig für alle Wissenschaftseinrichtungen. Natürlich aus persönlichem Interesse, aber auch, um dem Thema die Bedeutung beizumessen, die es verdient, denke ich, das sollte auf jeden Fall aufgestockt werden, und es sollte auch möglichst dauerhaft so eine Einrichtung geben, denn Open Access ist so wie Digitalisierung ein Thema, das niemals beendet ist. Das haben wir auch schon an einigen Punkten gehört.

Das führt mich zu der nächsten Frage, ob es sinnvoll ist, ein Open-Access-Büro zu einem Open-Science-Center oder Ähnlichem weiterzuentwickeln. Sicherlich würde das auf jeden Fall berücksichtigen, dass Open Science ein viel größeres Thema als Open Access ist. Bei Open Access fokussieren wir uns sehr stark auf Textveröffentlichungen. Darüber hinaus, das hatte ich schon angedeutet, gibt es viele weitere Komponenten, die unter dieses Label „Open Access“ fallen, zum Beispiel offene Forschungsdaten, Open Software, Open Workflows, offene Bildungsmaterialien, aber auch offene Metriken zur Bewertung von Forschungsleistungen. Das muss man erst mal unter einen Hut bringen. Auch international gibt es nicht den einen festgelegten Begriff „Open Science“, das auch zur Frage: Wie kann man das alles sortieren? Wenn wir uns das vergegenwärtigen und dann noch eine nächste Ebene hinzufügen, nämlich die Wissenschaftsdisziplinen, die auch sehr unterschiedlich aufgestellt sind und ganz unterschiedliche Kulturen der wissenschaftlichen Kommunikation haben, dann sehen wir, das ist

ein sehr komplexes Feld, und das ist auf keinen Fall mit einer Stelle in einem Open-Access-Büro zu realisieren. Da muss viel mehr passieren. Ein guter, gangbarer Weg wäre, jetzt erst mal zu schauen: Was passiert überhaupt in Berlin? Wir haben hier ja schon viele Einrichtungen, die sehr viel machen, gerade auch im Bereich Forschungsdaten. Das läuft meistens nicht unter dem Label „Open Science“ oder noch nicht. Es gibt einige Einrichtungen, die auch schon eine Open-Science-Policy oder Ähnliches haben. Das muss man erst mal ein bisschen versuchen zu sortieren, zu ordnen, Synergien herauszustellen, um dann vielleicht auch Anstrengungen zu unternehmen, das Ganze mit so einer koordinierenden Stelle zu unterstützen. Sicher braucht es dafür viele Experten. Es braucht Experten, die sich mit freier Software auskennen, Experten, die sich mit freien Bildungsmaterialien auskennen. Das ist nicht mit einer Stelle zu realisieren. – Ich glaube, das war es.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Frau Kindling! – Bevor ich an Herrn Oldenburg weitergebe, hat sich Herr Staatssekretär Krach zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl): Vielen Dank! – Nur, weil ich das gerade gehört habe, damit da keine Missverständnisse entstehen: Die Stelle des Open-Access-Büros ist nicht bis 2022 befristet. Der Hochschulvertrag läuft bis 2022, aber diese Stelle ist genauso im Budget der Universitäten, in diesem Fall der Freien Universität, weil wir uns damals bei den Verhandlungen darauf verständigt haben, dass wir einer Universität diese Mittel zur Finanzierung zuweisen müssen. Es ist aber kein Unterschied zu anderen Stellen. Deswegen: Wenn es da eine Befristung bis 2022 gibt, ist die sachgrundlos, und das würden wir nicht akzeptieren. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob das der Fall ist, aber ich habe Sie gerade so verstanden. Dann müssten wir das schnell ändern, weil diese Stelle ganz sicher nicht befristet sein kann.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank für die Klarstellung, Herr Staatssekretär! – Jetzt Herr Oldenburg, bitte!

Gerrit Oldenburg (HU Berlin, Servicezentrum für Informations- und Kommunikationstechnik): Vielen Dank! – Ich möchte zu insgesamt sechs Fragen Stellung nehmen, von denen nur ein Teil direkt an mich gerichtet war. Ich fange mal mit der Frage von Herrn Müller an: Warum kooperieren Sie in Berlin nicht? – Die Antwort ist ja schon gegeben worden. Dennoch möchte ich ein bisschen ergänzen, denn auf Arbeitsebene wird in Berlin sehr intensiv kooperiert. Man kennt sich, man ruft sich an, und insbesondere macht man das strukturiert. Es gibt zu verschiedenen Themen regelmäßige Treffen. Das ist nicht unbedingt von den Unis organisiert, sondern von denjenigen, die diese fachlichen Zuständigkeiten haben. Dass die Berliner Universitäten jetzt nicht direkt kooperieren, hat häufig damit zu tun, dass sie bundesweit und sogar teilweise international kooperieren. Als Beispiel, Berliner Ebene, nenne ich die Berlin University Alliance. Die Digitalisierung ist eine von zwölf Co-Research-Areas. Das fünfte Objective, Sharing Ressourcen, ist eine gemeinsame Aktivität der Berliner Universitäten und kann auf Strukturen aufbauen, die bereits bestehen. Es gibt ein Hochschulforum Digitalisierung, an dem sich die Berliner Universitäten sehr intensiv beteiligen, das von der HAK, dem Stifterverband und der CHE organisiert wird. Die Rechenzentren treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch. Da gibt es einen Verein „Zentren für Kommunikation und Informationsverarbeitung“. Aber auch der DAAD kümmert sich international um dieses Thema. „Strategies Beyond Borders“ hieß die letzte Tagung im Dezember 2019 unter reger Beteiligung der Berliner Universitäten. Es gibt darüber hinaus europäische Hochschulverbünde, und die Humboldt-Universität zum Beispiel orientiert sich in der Entwicklung ihrer Digitalisierungs-

strategie an der Universität Wien. Dort finden sehr intensive Gespräche statt. Die haben übrigens auch einen CIO im Präsidium. Übrigens wird auch der Softwarekauf mit den großen Herstellern Microsoft und Adobe selbstverständlich bundesweit verhandelt, und die Berliner Universitäten schließen sich diesen Verträgen an. Das betrifft auch die Bibliotheken, die zum Teil Onlineanbieter bundesweit kontaktieren, und dann die Universitäten, die gemeinsam verhandelt haben und dieses Angebot nutzen.

Zweiter Punkt: Es tauchte hier einmal kurz „E-Klausuren“ auf. In der Tat, es gibt eine Initiative, sogar zum Beispiel von Studierenden der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität, doch bitte die Klausuren handgelenkschonend elektronisch schreiben zu können. Sehr schön, nur die Umsetzung ist nicht so ganz einfach. Sie müssen sich vorstellen, 500 Studierende eines Jahrgangs sitzen entweder in einem Raum und schreiben dort gleichzeitig eine Klausur. Wo ist dieser Raum? Wer stellt die dafür notwendige Hardware und Software zur Verfügung und betreut sie? Oder man schreibt in verschiedenen Abschnitten hintereinander. Wie verhindert man, dass sich die Studierenden absprechen? Mit anderen Worten: Da sind Probleme zu lösen, die in ihren Lösungsansätzen eine ganze Menge Geld kosten, und es würde sich lohnen, berlinweit darüber nachzudenken, welche Universität an der Stelle mit so einem Prüfungszentrum ausgestattet wird, wobei auch zu überlegen ist – Prüfungen sind ja immer am Ende des Semesters –, was den Rest des Semesters dort passiert. – Das betrifft auch das Thema Nachhaltigkeit. Früher hat man Projekte mit einer Veröffentlichung, mit einem Buch abgeschlossen. Heute erstellt man vielleicht digital in einem Projekt eine Datenbank. Die möchte dann hinterher weiter gepflegt werden. Wenn Softwareaktualisierungen notwendig sind, muss das gemacht werden. Das heißt, bei digitalisierten Projekten ist das Projekt nicht mit Projektabschluss tot, oder es ist tot, wenn man kein weiteres Geld aufwendet. Zu Ihrer aller Freude kann ich sagen, diese Kosten der Digitalisierung sind nicht konstant in jedem Jahr aufzuwenden, sondern sie sind linear über die Jahre steigend, einfach weil man schon jede Menge Projekte durchgeführt hat, die am Leben zu erhalten sind.

Dritter Punkt, Datenschutz: Es wurde verschiedentlich angesprochen, dass man vielleicht die universitären Datenschutzbeauftragten zusammenfassen könne, auf dass für bestimmte Vorgänge vielleicht nur eine Genehmigung notwendig sei. Das findet seine Grenzen im europäischen Datenschutzrecht, wo jeweils die Institution selbst einen internen Datenschutzbeauftragten hat. Das Einzige, was man auf Berliner Ebene wahrscheinlich regeln könnte, wäre die Zusammenarbeit der jeweiligen universitären Datenschutzbeauftragten mit der Behörde der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Da ist ein bestimmter Handlungsspielraum, und ich würde empfehlen, den dann zu nutzen und nicht zu versuchen, die DSGVO da an irgendeiner Stelle auszuhebeln.

Vierter Punkt, Nutzung der Expertise – ich bin direkt angesprochen worden –: Wenn man sich anguckt, wie Universitäten Digitalisierung betreiben und Strategien entwickeln, dann ist das Thema meistens im Präsidium angesiedelt. Es gibt zum Beispiel an der HU eine Lenkungsgruppe Informationstechnik, die die Ziele definiert. Umgesetzt werden sie dann sowohl zentral von den Rechenzentren, an der Humboldt-Universität vom Computer- und Medienservice, als auch dezentral von den Fakultäten und Instituten. Das äußert sich dann vor allen Dingen darin, welche Angebote den Hochschulangehörigen gemacht werden. Dieser Vorgang ist übrigens an der Beuth-Hochschule vorbildlich gelöst. Die haben sowohl eine Gesamtdigitalisierungsstrategie als auch für die acht Fachbereiche jeweils eine einzelne Digitalisierungsstrategie, wo die Ziele und die Umsetzungsmaßnahmen festgelegt sind und auch beschrieben ist,

was davon schon umgesetzt ist, und dann steht da meistens, dass die kostenneutralen Maßnahmen bereits umgesetzt sind. Vorbildlich ist an der Beuth-Hochschule auch, dass die einzelnen Fachbereiche Digitalisierungsbeauftragte haben.

Dann gibt es aber einen Weg zurück. Sowohl die Nutzer als auch die Angestellten in den Bibliotheken und der IT können über die Nachfrage, über ihre Erfahrungen, über Evaluation, die formal gestaltet ist, und über Fachwissen rückkoppeln und die Strategie auch in irgendeiner Form modifizieren und weiterentwickeln. An der Stelle haben wir ein großes Defizit. Das heißt, wir haben nirgends geregelt, wie diese Rückkopplung vernünftig stattfinden kann. Man würde sich doch vorstellen, dass über den Akademischen Senat die einzelnen Fakultäten und Institute ihre Interessen darlegen und zum Beispiel über eine Kommission die Spezialfragen geklärt werden. An der Humboldt-Universität ist es so, dass die im Berliner Hochschulgesetz vorgesehene Bibliothekskommission bei uns Medienkommission heißt und sich nicht nur auf die Bibliotheksfragen beschränkt, sondern auch auf die digitalen Angebote, die Entwicklung der IT an der Universität eingeht und zuständig ist. Es gibt zusätzlich eine Arbeitsgruppe digitale Lernformen der Studiendekane, die die dezentralen Interessen zusammenfasst, und die haben relativ bald gemerkt, dass sie allein diese Fragen nicht beantworten können, und haben sich angereichert um die jeweils Zuständigen. Es wäre schön, wenn man das in irgendeiner Art und Weise rechtlich fixieren könnte.

Genauso sehen wir viel zu wenig, dass wir das Potenzial der Studierenden nutzen sollten. Das geht von Initiativen – wir hatten zum Beispiel eine Initiative der Studierenden „Open Source in den Computerpools“ – bis hin zu Ausgründungen aus den Universitäten, die in eigene Firmen münden. Letzteres ist natürlich schwer rechtlich zu fassen, aber davor ist es möglich. In den Hochschulverträgen könnte man zum Beispiel die in den bestehenden Verträgen festgelegten 28 Millionen Euro für Infrastruktur, Open Access und Forschungsdatenmanagement thematisch weiter fassen, das heißt, auch für Strategie- und Governanceinstrumente festlegen, die, wie gesagt, Partizipation berücksichtigen sollten, übrigens auch für gemeinsame Strukturen wie die Berlin University Alliance, die bisher noch überhaupt keine Elemente von Partizipation trägt, und man müsste sie dann wahrscheinlich auch finanziell deutlich ausweiten.

Mich wundert auch, dass zum Beispiel die Digitalisierungsstrategien nicht wie die Strukturentwicklung der Universitäten in § 61 Berliner Hochschulgesetz, wo die Aufgaben des Akademischen Senats festgelegt sind, und entsprechend in § 65 des Kuratoriums ähnlich wie Strukturplanung stehen. Es wäre vielleicht eine Idee für die Novellierung, darüber nachzudenken. Speziell in § 61 Abs. 3 ist noch immer die Bibliothekskommission drin. Die Welt hat sich an der Stelle ein bisschen geändert.

Fünfter Punkt ist die Frage nach den Abhängigkeiten, in der Tat keine einfach zu beantwortende Frage. Ich möchte das über die Microsoft-365-Cloud und die dahinterliegende Azure-Identity-Management-Frage doch noch ausweiten. Es gibt deutliche Fehlentwicklungen bei der Nutzung von privaten Informationsmonopolen an Universitäten, als da sind: Die Universitäten kommunizieren über Facebook und WhatsApp, die Wissenschaftler nutzen Dropbox, und das, obwohl es doch entsprechende Angebote aus dem öffentlichen Bereich gibt. Also ich plädiere dafür, an der Stelle – das betrifft die Universitäten, aber auch den rechtlichen Rahmen – doch eher eigene Websites, Wikis, Blogs und Messengerdienste zu nutzen sowie die DFN-Cloudangebote. Die Frage, warum nicht alle dieselbe Cloud nutzen, lässt sich einfach beantworten. Das Deutsche Forschungsnetz hat drei, vier Angebote für alle Universitäten, und

die sind technisch ein bisschen unterschiedlich ausgerichtet. Das heißt, wer Seafile benutzt – da hat die HU sogar eine eigene Cloud, weil die im Angebot damals nicht vorhanden war –, möchte mehr Dateien austauschen, wer Nextcloud-basierte Dienste nutzt, zielt auf Kollaboration untereinander, Zusammenarbeit, Kalender usw. Das heißt, da muss Offenheit herrschen, auch in der Softwarenutzung. In einigen Bereichen lässt es sich natürlich nicht vermeiden. Die Universitäten sind in der Vergangenheit immer den Weg gegangen, sich erst mal ganz stark abhängig zu machen, von Siemens und IBM in den Sechzigerjahren, von Microsoft vor allen Dingen in den Achtzigerjahren. Wir haben, wenn wir die Clients und das Officepaket angucken, noch immer damit zu kämpfen, uns langsam daraus zu befreien. Selbstverständlich ist es nicht möglich, dass die Universitäten sich hinsetzen und da selbst etwas entwickeln für ihren Bereich. Dafür sind wir einfach nicht personell ausgestattet. Möglich ist aber, die Open-Source-Angebote, die weltweit existieren – da gibt es ja durchaus erfolgreiche Projekte –, dort zu nutzen, wo immer sie anwendbar sind, und langsam zu versuchen, diese Abhängigkeiten zu lösen. Das heißt, das sollte angestrebt werden. Wenn es auf Berliner Ebene Ideen geben sollte, dann denke ich, es sollte nicht nur, wie es rechtlich bei der Ausschreibung passiert, dass man Alternativen prüft, ob es auch Open Source gibt, vorgeschrieben werden, sondern das Land sollte eine wirkliche Open-Source-Initiative, ein Open-Source-Programm auflegen, das die Entwicklung und die Nutzung von Open Source in den öffentlichen Verwaltungen, aber vor allen Dingen auch in der Wissenschaft aktiv fördert.

Sechster Punkt, der schwierigste von allen: Personal binden und entwickeln. Lassen Sie mich ganz kurz erwähnen, dass das natürlich nicht nur das IT-Personal selbst angeht, sondern sich die Arbeitswelt aller Universitätsangehörigen durch die Digitalisierung stark ändert. Das heißt, man müsste eigentlich rechtliche Rahmenbedingungen schaffen für „Bring your own device“ und für Homeoffice. Das ist Praxis der Wissenschaftler, mehr oder weniger im Graubereich, gelegentlich gibt es Dienstvereinbarungen, und man muss für das geänderte Tätigkeitsprofil weg von den Sekretariaten hin zu Wissenschaftsorganisation und -management ziehen. Man müsste die Grenze zwischen insbesondere Mitarbeitern in der IT, die unter MTSV geführt werden, und wissenschaftlichen Mitarbeitern eigentlich einreißen, wenn man sich die Arbeitsweise anguckt, und man müsste andere Qualifikationen an die Unis holen, womöglich nicht nur Serverbetreuung, das geht jetzt über in IT, sondern womöglich auch Projektmanagementfähigkeiten in den Universitäten stärken, wenn unter Zugriff auf Externe, die entweder ein gutes Angebot haben oder die man nicht vermeiden kann, Projekte eingeführt werden sollen.

Das Tarifrecht ist schwer beeinflussbar von dieser Stelle aus. Deswegen möchte ich nur ein paar Ideen, die vielleicht auf Landesebene realisiert werden können, ansprechen. Das eine ist, dass Personalentwicklungskonzepte auch in dem Bereich der MTSV doch stärker darauf ausgerichtet sein sollten, dass die Leute interessante Aufgaben haben, sich entwickeln können. Die finanzielle Ausstattung sollte so gestaltet sein, dass im IT-Bereich die Leute, die dort arbeiten, eine gute Ausstattung und nicht einen Mangel vorfinden. Der Mangel kann zum Beispiel so aussehen, dass in diesen Bereichen ein Viertel der Stellen momentan unbesetzt sind, weil man keine geeigneten Bewerber/innen findet. Schließlich könnte man darüber nachdenken, diese IT-Facharbeiter, von denen vorhin die Rede war, an den Universitäten selbst auszubilden, also ein entsprechendes Programm auch dort aufzulegen. Ganz schwierig ist der Wegfall der studentischen Mitarbeiter/innen auf Grundlage von § 121 Berliner Hochschulgesetz. Ich muss ehrlich sagen, ich habe, obwohl ich lange darüber nachgedacht habe, keine Lösung, wie man dort zu einem Ergebnis kommt. Die Änderung des BerlHG halte ich für eine

schlechte Variante. Ich denke eher, dass die Bindung von Studierenden der MINT-Fächer fächerübergreifend an die Universität erfolgen müsste, aber ich habe keine Idee. Schließlich ist vielleicht der Ansatz nicht so schlecht, ähnlich wie wir einen Qualitätspakt Lehre haben, einen Qualitätspakt Verwaltung und Digitalisierung ins Leben zu rufen und diesen Bereich wirklich voranzubringen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Oldenburg! – Jetzt hatte sich Herr Schulze zu Wort gemeldet. – Bitte schön!

Tobias Schulze (LINKE): Danke schön! – Jetzt gab es doch noch ein paar Punkte, bei denen es spannend ist nachzufragen, zum einen zum Berliner Hochschulgesetz und möglichen gemeinsamen Kooperationseinrichtungen der Hochschulen. Das ist in der Diskussion, und das ist mit der BUA ja ohnehin notwendig. Vielleicht gibt es auch die Möglichkeit, das Open-Access-Büro zentral abzusichern, damit es nicht bei einer Universität verbleibt. Aber vielleicht wäre auch die Frage, wie es jetzt mit der Stelle aussieht, an Sie zu stellen. Dazu können Sie ja gleich noch etwas sagen. Ich habe noch die Frage, ob man Open Science in diesem Zusammenhang auch in der Berlin University Alliance mit adressieren könnte. Das wäre ja dann der Konnex, und der würde uns auch insgesamt gut zu Gesicht stehen, wenn man als Zentraleinrichtung das Thema Openness mit aufnimmt, was ja dann auch Infrastrukturthema wird. Die BUA soll ja auch das Thema Infrastruktur besonders adressieren, die gemeinsamen Einrichtungen, die da zu gründen sind und für die wir dann auch ein Gesetz machen werden.

Herr Oldenburg sagte gerade, wir bräuchten ein Förderprogramm Wissenschaftsmanagement. So was Ähnliches hat auch der Forschungsverbund ja unlängst gefordert und gesagt: Überall wird digitalisiert, insbesondere im Bereich Forschung und Lehre, aber die Wissenschaftsverwaltung ist da unteradressiert. – Vielleicht könnten Sie noch mal etwas dazu sagen, wie Sie das sehen, ob das so ist, ob wir so ein Sonderförderprogramm für die Wissenschaftsverwaltung brauchen. In der öffentlichen Verwaltung geben wir gerade sehr viel Geld dafür aus, um sie zu digitalisieren, aber die war auch noch viel weiter hinten, glaube ich, als die Wissenschaft es ist.

In dem Zusammenhang habe ich noch eine Frage zur IT-Sicherheit. Wir haben ja mit dem Kammergericht hier den Super-GAU erlebt. Die Gerichte in Berlin sind ähnlich wie die Hochschulen auch Einrichtungen, die derzeit nicht zentralisiert werden beim ITDZ als Administrator, und sie sind damit krachend gescheitert, muss man sagen, nach diesem Vorfall im Kammergericht. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, wie sich aus Ihrer Sicht das Thema IT-Sicherheit an den Hochschulen darstellt. Die HU ist ja bei Emotet relativ glimpflich davongekommen, aber vielleicht gibt es eine Aussage von Ihnen, ob wir demnächst auch solche Hiobsbotschaften zu erwarten haben oder ob Sie da gut gerüstet sind. – Danke schön!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Schulze! – Frau Dr. Bör, Sie sind angesprochen. Bitte schön!

Dr. Andrea Bör (FU Berlin; Kanzlerin): Ganz herzlichen Dank! – Auf die erste Frage werde ich natürlich hier keine Auskunft geben, haben Sie Verständnis dafür! Um den letzten Punkt aufzugreifen: IT-Sicherheit ist immer so gut, wie man meint, dass man gut ist. Eine absolute IT-Sicherheit gibt es nicht, aber es ist tatsächlich so, dass wir das nach dem Vorfall insbesondere an der Universität Gießen, wo ja über Monate nicht nur die Verwaltung, sondern auch

Forschung und Lehre stillstanden, bei uns im Haus genau geprüft haben und mir bestätigt wurde, dass dieser Vorfall bei uns nicht hätte passieren können. Wie das in den anderen Institutionen des Landes Berlin ist, darüber kann ich keine Auskunft geben, aber ich weiß von der Freien Universität, hier wäre dieser Vorfall nicht passiert – was aber nie eine absolute Sicherheit gibt. Da ist einfach ein hohes Maß an Kriminalität unterwegs, wir sind in einer stark vernetzten Welt, und da haben Sie nie eine absolute Sicherheit.

Aus dem mittleren Teil, Herr Schulze, ein Stichwort? – [Tobias Schulze (LINKE): Förderprogramm!] – Da muss ich ehrlich sagen, auch da gibt es sicherlich große Unterschiede, auch innerhalb meiner Institution, von Bereich zu Bereich evtl., aber sicherlich auch innerhalb der Institutionen im Land Berlin, aber ich glaube, insgesamt sind wir an der Freien Universität Berlin da sehr gut aufgestellt und sind dabei, die Verwaltungsprozesse sukzessive zu digitalisieren und haben auch das entsprechende Personal. Es ist aber tatsächlich so, wenn ich Mitarbeiter/innen in den wohlverdienten Ruhestand verabschiede, dann ist es besonders auffällig bei den Leuten im Verwaltungsbereich, was die in den letzten vier Jahrzehnten an Wandlung mitmachen mussten. Dass dann natürlich jemand, der seine 40 Dienstjahre schon rum hat, sich nicht mehr an jedes neue Tool gewöhnen will oder auch kann, weil das manchmal schon sehr komplexe Anwendungen sind, dafür habe ich großes Verständnis. Also die Entwicklungen im Verwaltungsbereich sind gigantisch an dieser Stelle.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Open Science im Rahmen der Berlin University Alliance – Frau Kindling, wollen Sie etwas dazu sagen? – Bitte schön!

Maxi Kindling (Open-Access-Büro; FU Berlin): Gerne! – Wir haben natürlich die Berlin University Alliance auf dem Schirm, das ist eine ganz wichtige, wegweisende Initiative, auch all die Aktivitäten, die da geplant sind. Tatsächlich ist es aber noch ein Stadium, wo man noch nichts Konkretes sehen kann, und in diesem Sinne schauen wir: Was passiert darüber hinaus? – Da haben wir auch das Einstein-Center Digital Future, wo es zumindest ein Bekenntnis zu Open Science gibt. Aber auch am Naturkundemuseum passiert viel. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz hat eine Open-Access-AG gegründet. Also da sind wir mit vielen Kolleg/inn/en aus den Landeseinrichtungen im Austausch. Parallel zu den großen Initiativen der Universitäten sollte man auch schauen: Was passiert an den kleinen Hochschulen und Fachhochschulen? –, denn ich denke, dass wir dort Schätze heben können, von denen wir jetzt noch gar nichts wissen. Der nächste Schritt, den wir uns vorstellen für so eine Open-Science-Strategie, wäre, das alles sichtbar zu machen und dann zu schauen, wie man das gut zusammenführen kann.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Herr Oldenburg, bitte!

Gerrit Oldenburg (HU Berlin): Ich wollte zur IT-Sicherheit ganz kurz anmerken: Dieses Thema – das klingt ja schon an – ist kaum zu bewältigen. Das heißt, eine absolute Sicherheit ist nicht garantierbar. Die Freie Universität ist an der Stelle vorbildlich. Die hat seit Jahren einen IT-Sicherheitsbeauftragten, entsprechende Programme, Flyer, Hilfeleistungen für die Anwender, sie macht das sehr gut. Die Humboldt-Universität holt auf. Wir haben seit einiger Zeit einen IT-Sicherheitsbeauftragten, der das seit vergangenem Jahr verfolgt. Wir sind dabei vorzubereiten, dass es auch dezentrale IT-Sicherheitsbeauftragte geben soll, aber es ist natürlich immer die Frage: Werden damit die IT-Mitarbeiter/innen zusätzlich betraut, ist das eine weitere Aufgabe, die noch dazukommt, oder betraut man Leute, die die Kontrollfunktion dezentral ausüben, aber womöglich gar nicht so viel Fachwissen haben? Das heißt, an der Stelle wäre es gut, wenn es berlinweit irgendwelche Unterstützungen für die wissenschaftlichen Einrichtungen, vielleicht sogar für die ganze Verwaltung gäbe, die dieses Thema wirklich stark bearbeiten können.

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank! – Möchte sich noch jemand äußern? – Nein. Dann hat Herr Staatssekretär Krach das Wort. – Wollten Sie etwas sagen, vielleicht zum Thema Open Science? Ich hatte die Frage gestellt, wie der Senat dazu steht.

Staatssekretär Steffen Krach (SKZl): Vielen Dank! – Es wurde schon erwähnt, dass wir das Open-Access-Büro weiterentwickeln wollen und da ja auch im Gespräch mit den Vertreter/innen sind. Wir haben auch diese Arbeitsgruppe, die es seit ungefähr drei Jahren gibt, die die Open-Access-Strategie entwickelt hat. In dieser Arbeitsgruppe ist in der letzten Sitzung schon besprochen worden, dass wir dieses Open-Access-Büro in naher Zukunft zu einem Open-Science-Büro weiterentwickeln werden. Es wird jetzt auch einen Bericht an das Abgeordnetenhaus geben, wo die nächsten Schritte beschrieben sind, und dann gehe ich davon aus, dass wir das in der Arbeitsgruppe, aber auch mit allen Beteiligten gemeinsam umsetzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Martin Trefzer: Vielen Dank, Herr Krach! – Es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zum Ende der Anhörung. Ich stelle die protokollarische Frage: Wollen wir den Punkt vertagen bis zur Vorlage des Wortprotokolls oder ihn heute abschließen? – Ein Blick in Richtung CDU-Fraktion. – Vertagen bis zur Vorlage des Wortprotokolls! Gut. Dann verfahren wir so. Ich danke den Anzuhörenden ganz herzlich, dass sie uns heute hier Rede und Antwort gestanden haben. – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.